

LaG - Magazin

Gesellschaftlicher Umgang mit
Täterschaft

26.01.2022

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Täterschaft als Herausforderung historischen Lernens – einige einführende Überlegungen.....	4
Opfer ruhen neben Tätern. Ein dauerndes Ruherecht für alle Kriegstoten? Wie die Restaurierung einer Kriegsgräberstätte in Weimar 1992 zu überregionalen Diskussionen führte.....	8
Gesicht der Berliner Deportationen: Walter Dobberke.....	12
Statistik und Katastrophe: Die Liste der Wannsee-Konferenz.....	18
NS-Täter in der Familie.....	23

Empfehlung Fachbuch

Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen.....	28
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Empfehlung Lernort

Die Ausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ des United States Holocaust Memorial Museums.....	31
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Empfehlung Lebensbericht

Niklas Frank: Meine Familie und ihr Henker. Der Schlächter von Polen, sein Nürnberger Prozess und das Trauma der Verdrängung.....	34
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Empfehlung Film

2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiß.....	37
-------------------------------------------	----

Empfehlung Fachdidaktik

Karl-Hermann Rechberg: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schüler.....	41
Lernort Kriegsgräberstätte – Eine Handreichung zur pädagogischen Arbeit an Kriegsgräberstätten.....	44

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie zur ersten Ausgabe des LaG-Magazins im neuen Jahr. Das den kurzen Titel prägende Thema von Täterschaft verweist in erster Linie auf den Nationalsozialismus und seine Nachwirkungen. Es ist nicht erst der 80. Jahrestag der Wannsee-Konferenz, der uns veranlasst hat, das Täterthema und den gesellschaftlichen Umgang mit ihm aufzugreifen. Im LaG-Magazin wurde der Komplex bereits 2009 und 2016 angesprochen. Zu selten, angesichts der Zentralität, die ihm in der Auseinandersetzung der postnationalsozialistischen Gesellschaft auch in der Gegenwart zukommen sollte.

Oliver Plessow führt mit seinem Beitrag in die Ausgabe ein. Aus einer geschichtsdidaktischen Perspektive schreibt er über den Umgang mit Täterschaft und zur Verantwortung Einzelner, die sich über Konzepte von Agency nachvollziehen lässt.

Auf Kriegsgräberstätten sind häufig nationalsozialistische Täter neben den Opfern begraben. *Sebastian Fehnl* diskutiert die Problematik anhand von Grabfeldern auf dem Weimarer Hauptfriedhof.

An der Auseinandersetzung mit Lebensläufen von Tätern aus den Gestapo-Dienststellen lässt sich über das ambivalente Verhalten dieser Männer lernen, auch bei subalternen Beamten, und die behördliche Funktionsweise verstehen, so *Akim Jah*. Der Autor zeigt dies am Beispiel von Walter Dobberke auf.

Flavia Citrigno und *Christoph Kreutzmüller* befassen sich mit der Liste noch lebender Jüdinnen*Juden in Europa auf Seite sechs des Protokolls der Wannsee-Konferenz als einer Möglichkeit der Annäherung an das Geschehen.

Wie gehen Menschen damit um, dass sie einen NS-Täter in der Familie haben? Der Frage widmet sich *Ingolf Seidel* exemplarisch an den Beispielen von Niklas Frank und Alexandra Senfft.

Wir danken herzlich den Autor*innen, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 23. Februar 2022. Die Ausgabe setzt sich mit Verschwörungsmythen auseinander.

Ihre LAG-Redaktion

Täterschaft als Herausforderung historischen Lernens – einige einführende Überlegungen

Von Oliver Plessow

Wer Täterschaft im Zuge von staatlichen Massenverbrechen und Kriegsgewalt zum Gegenstand historischen Lernens macht, begibt sich in einen herausfordernden Diskurs, an dem mehrere Fachdisziplinen teilhaben und in den verschiedene etablierte kollektive Denkmuster hineinspielen. Diese Herausforderungen erwachsen zuvorderst nicht nur aus der unterschiedlichen Bedeutung, welche die Geschichtsforschung dem Phänomen der Täterschaft im Laufe der Zeit als Erklärungsgröße zugewiesen hat, und aus dem wechselhaften erinnerungskulturellen Umgang mit ihr, sondern ebenso aus Grundfragen, was Wege historischen Vermittelns betrifft. Das sollte nicht überraschen, führt die Beschäftigung mit Täterschaft doch zu einer der fundamentalsten Fragen, die sich historisch-politische Bildung (und nicht nur sie) stellen kann: Wie kommt es zu massenhafter vernichtender Gewalt und wie kann sie verhindert werden? Dass es hier nicht die eine, unverbrüchliche Erklärung und darum auch nicht die eine, verbindliche politische oder pädagogische Antwort gibt, ist offensichtlich.

Die historische Fachwissenschaft, die Geschichtstheorie, die Geschichtsdidaktik, die Sozialpsychologie, die Philosophie, die Memory Studies, die Gedenkstättenpädagogik – sie alle haben hierzu Gewichtiges zu

sagen. Die Zeitgeschichtsforschung spielt hier insofern eine zentrale Rolle, als die Konflikte des 20. Jahrhunderts und hier insbesondere die mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung stehenden Gewalttaten den Kristallisationspunkt aller einschlägigen Debatten darstellen. Ihr Blick auf Täterschaft im Kontext massenhafter Gewalt und insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus ist Ergebnis einer langen Entwicklung. Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurden die entscheidenden Impulse gesetzt: Raul Hilberg, der große Pionier der Holocaust-Forschung, schrieb über „Täter – Opfer – Zuschauer“, Christopher Browning zeitgleich über „ganz normale Männer“ und wenig später Daniel Goldhagen über „Hitlers willige Vollstrecker“. Hier und in vielen anderen Studien offenbarte sich ein neues Interesse an den Handlungen der vielen einzelnen Menschen. Damit war ein Kontrapunkt zu gleich zwei Strömungen gesetzt: einerseits zu einem wegen seiner Tendenz zur Schuldabwehr nunmehr stark diskreditierten, eingeschränkten Blick auf die Schuld der NS-Führungselite und andererseits zu einem stark in Schichten, Klassen und Sozialgruppen denkenden verallgemeinernden Ansatz. Letztlich eröffnete diese Schwerpunktverschiebung den Blick auf das alltägliche Geschehen und die daran Beteiligten: Wer erfüllte seine jeweilige Rolle in seinem sozialen Raum in welchem Maße und wer nicht? Wer hatte in welcher Situation welche Spielräume, eine Handlung auszuführen oder zu unterlassen, ertragen zu müssen oder sich ihr entziehen zu können?

An die Soziologie angelehnte Konzepte von „Agency“ versuchen dabei, das Handeln der Einzelnen innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens und ihre Interaktionen nachvollziehbar zu machen; sie schlagen zugleich den Bogen in die Gegenwart, indem sie Fragen individueller Verantwortlichkeit auch unter schwierigsten Umständen thematisieren. Alltags- und mikrogeschichtliche Ansätze bis hin zu einer „Geschichte von unten“ unterstützen eine solche Herangehensweise. Für die Lehren, die aus vergangener Gewalt gezogen werden können, ist dies so immens wichtig, weil die Untaten damit nicht mehr als das Werk einiger weniger Übeltäter, sondern ansonsten durchschnittlicher Menschen begriffen werden. Das hat gravierende Folgen: Die Welt sieht anders aus, wenn sich jeder potenziell als Täter*in erkennen muss. Dabei ist es ein markanter Unterschied, ob man diese Gefahr mit der Sozialpsychologie als allgemein menschlich begreift – man denke an das Milgram-Experiment oder das Stanford-Prison-Experiment und ihren großen Einfluss auf Wissenschaft und Medien – oder den kollektiven Mentalitäten bestimmter Großgruppen zuschreibt, also etwa einem spezifisch „deutschen“ Kadavergehorsam, Bürokratismus, Militarismus oder Antisemitismus.

Unübersehbar sind also die Linien, die von der zeithistorischen Forschung hin zu einer Vermittlungsarbeit führen, die im Zuge eines reflexiven historischen Lernens ein Interesse für Täter*innen, Opfer und Zuschauer*innen sowie darüber hinaus für Widerständige und Retter*innen

entwickelt – und dies nicht nur in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus, für die dieser Ansatz besonders einschlägig ist. Wichtige Pfade führen ebendahin auch aus der Pädagogik und der Geschichtsdidaktik. Seit Jahrzehnten will Letztere die „Personalisierung“, mithin die unerwünschte Fixierung auf „große“ Persönlichkeiten, durch die „Personifizierung“ ersetzt wissen, also die Ausrichtung der Geschichtsdarstellung am Leben und Leiden „normaler“ Menschen, die beispielhaft für ihre jeweilige Sozialgruppe eintreten. Dies betrifft nicht nur das formale Schulsystem und die in ihm Tätigen. In logischer Konsequenz bedienen sich ebenso Museen, Gedenkstätten, Archive und andere non-formale Bildungseinrichtungen ausgiebig biografischer Verfahren, um historische Lernvorgänge einzuleiten. Vorschub leisten dem die ausgiebigen Rückgriffe auf Zeitzeug*innen in Publikationen und Bildungsarbeit sowie die mehr oder weniger an die Wirklichkeit angelehnten Fiktionalisierungen im Spielfilmformat.

Schon die bahnbrechende Mini-Serie „Holocaust“ von 1978 zeichnet eben nicht nur die in der Familie Weiß exemplifizierten unterschiedlichen Wege der Opfer, sondern in Gestalt der mit ihr ausgangs verbundenen Familie Dorf und insbesondere der Figur des Erik Dorf auch den Weg in die Täterschaft nach. Kein Wunder, dass der Fokus auf das Leben und Handeln einzelner und ihre jeweilige Position zum Gewaltgeschehen inzwischen vielfach in Bildungsmaterialien zu Massenverbrechen und Diktaturen der Vergangenheit implementiert ist. Auch

hier allen voran stehen die Materialien zu Nationalsozialismus und Holocaust/Schoah, wie nicht zuletzt Beispiele zeigen, die über die Jahre auch vom Portal „Lernen aus der Geschichte“ thematisiert wurden.

Was bezweckt diese Fokussierung auf das individuelle Handeln in Lernkontexten? Zunächst erscheinen die einzelnen Betrachteten als Repräsentant*innen der Täter*innen, Opfer und der anderen beteiligten Akteursgruppen. Sie machen diese greifbar und entreißen sie der Anonymität. Eine zentrale Funktion besteht ferner darin, Lernende für eine durchdenkende Auseinandersetzung geeignete Identifikationsfiguren zu bieten. Das meint nicht, dass diese die jeweilige Perspektive für sich vollständig übernehmen oder gar billigen sollen, vielmehr geht es darum, die jeweiligen Entscheidungsbedingungen in ihrem Zusammenspiel beim einzelnen Menschen nachvollziehbar und begreifbar zu veranschaulichen. Die eingängige Formel von den Täter*innen, Opfern und Zuschauer*innen mag es dabei so erscheinen lassen, als betrachte man diese multiperspektivisch von der gleichen Warte aus – dabei funktioniert die Identifikation mit den Akteur*innen völlig anders, ob man nun Mitleid und Empathie für Opfer entwickelt, ob man sich als Danebenstehender fragt, inwiefern man intervenieren soll, oder ob man sich in die einem vielleicht gar nicht mal so ferne Gedankenwelt von Täter*innen hineinversetzt.

Dem Ideal der Ausbildung eines reflexiven Geschichtsbewusstseins entsprechend soll „Personifizierung“ dazu dienen, Lernende

in der Auseinandersetzung mit dem vergangenen Handeln Einzelner Leitlinien für ihr eigenes Tun im Jetzt aufzuzeigen. Es geht um die Folgen von Entscheidungen ebenso wie die Zwänge und Spielräume im gegenwärtigen Lebensumfeld. Letztlich sollen sie lernen, Werturteile zu fällen beziehungsweise soll ihre Orientierungskompetenz gefördert werden. Dies geschieht gerade auch, wenn sie sich mit der Bandbreite früheren menschlichen Handelns unter selbst ausweglos scheinenden oder tatsächlich ausweglosen Bedingungen befassen. Stets bleibt aber die Frage, ob die Extremsituationen von Kriegen und Genoziden sich als Referenzgrößen für alltägliche Entscheidungen im Heute eignen.

Diese Hoffnung auf ein besonders intensives, motivierendes und perspektivierendes Lernen geht mit weiteren Bedenken einher, die hier nur gestreift werden können. Vielfach wird etwa gefragt, inwieweit Migration und Globalisierung einseitige nationale Einordnungen in Tätergesellschaften und Opfergesellschaften aufbrechen und damit auch einen anderen Umgang mit Täter*innenrollen erforderlich machen. Mit einer gewissen Ernüchterung wurde zudem mehrfach vermerkt, dass die kollektiven und insbesondere die in den Familien weitergegebenen Narrative resistenter als erhofft gegen pädagogische Interventionen sind. Eine weitere Herausforderung erwächst aus dem affektiven Zugang, der biografisierenden Verfahren innewohnt. Emotionen zu wecken, kann Lernprozesse eröffnen und aufrechterhalten, sie zugleich jedoch

ebenso behindern. Ein Reflexion verhin-
derndes Übermaß an Identifikation droht
zwar eher bei der Beschäftigung mit Op-
fern, ist aber auch bei der Beschäftigung mit
Täter*innen einzukalkulieren. Befürchtun-
gen einer Überidentifikation sind selbst bei
einer Auseinandersetzung mit nationalso-
zialistischer Selbstdarstellung nicht unbe-
rechtigt, ihnen kann jedoch pädagogisch be-
gegnet werden, wie eine jüngere Studie zeigt
(Rechberg 2020).

Sind diese Herausforderungen schon im
tagtäglichen Unterricht im formalen Schul-
system gegeben, stellen sie sich noch einmal
in ganz eigener Weise beim Besuch einschlä-
giger nicht-schulischer Lernorte. Gerade bei
Gedenkstätten und Dokumentationszentren
kommt die Überlegung hinzu, inwieweit an
Orten des Gedenkens das Verhältnis von
Täter*innen, Opfern und anderen Gruppen
einen besonderen Umgang verlangt. Dies
gilt ähnlich auch für die Rolle von Kriegs-
gräberstätten, die in dieser Ausgabe des
Magazins eine hervorgehobene Betrachtung
erfahren. Hier sind Opfer und Täter neben-
einander bestattet, hier scheinen sie im Tode
gleich, selbst wenn sich gegen diesen Topos
verschiedene Einwände vorbringen lassen
und die Verbrannten der Krematorien eben
gerade keine ewige Ruhestätte erhielten.
Selbst wenn das Andenken angesichts der
Zeitläufte verblasst, trifft an Kriegsgräber-
stätten der individuelle Wunsch von Fami-
lien, ihrer Verstorbenen zu gedenken, auf
geschichtspolitisch umstrittene kollektive
Erinnerungsformen. Dies gibt dem Lernen
an diesen Gedenk- und Erinnerungsorten

noch einmal eine Brisanz, die eine besonde-
re Umsicht und Sensibilität auf Seiten der
Bildungsmittler*innen erfordert.

Literatur

Christopher R. Browning, Ganz normale
Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101
und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei
Hamburg 1993.

Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige
Vollstrecker, Berlin 1996.

Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die
Vernichtung der Juden 1933–1945, Frank-
furt am Main 1993.

Sarah Kleinmann, Nationalsozialistische
Täterinnen und Täter in Ausstellungen. Eine
Analyse in Deutschland und Österreich, Tü-
bingen 2017.

Karl-Hermann Rechberg, Täterschaft in der
Gedenkstättenpädagogik. Empirische Re-
konstruktion der Auseinandersetzung von
Schülerinnen und Schülern, Wiesbaden
2020.

Bünyamin Werker, Gedenkstättenpäda-
gogik im Zeitalter der Globalisierung. For-
schung, Konzepte, Angebote, Münster 2016.

Über den Autor

Prof. Dr. Oliver Plessow ist seit Februar 2015 Uni-
versitätsprofessor für Didaktik der Geschichte an
der Universität Rostock. Er gehört u.a. dem wis-
senschaftlichen Beirat des Volksbundes Deutscher
Kriegsgräberfürsorge an.

Opfer ruhen neben Tätern. Ein dauerndes Ruherecht für alle Kriegstoten? Wie die Restaurierung einer Kriegsgräberstätte in Weimar 1992 zu überregionalen Diskussionen führte.

Von Sebastian Fehnl

Auf dem Hauptfriedhof von Weimar in Thüringen befinden sich eine Reihe von Kriegsgräberstätten. Diese Gräber werden dauerhaft erhalten. Die Grundlage für dieses *ewige Ruherecht*, aber auch die Definition, wer als Kriegstote*r zählt, liefert das *Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (GräbG)*. Im Paragraph 1 wird festgelegt, dass u.a. Militäranghörige beider Weltkriege, zivile Kriegstote, wie Bombentote, aber auch Zwangsarbeiter*innen in einem Kriegsgrab auf Dauer ihre letzte Ruhe erhalten. Diese Aufzählung macht bereits deutlich, dass die Definition der *Opfer* von Krieg- und Gewaltherrschaft sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrufen kann.

Regionalgeschichte anhand ausgewählter Erinnerungsorte entdecken

Mit Blick auf den Weimarer Hauptfriedhof gibt es einige besondere Kriegsgräber- und Gedenkstätten, welche der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. bei außerschulischen Projekten immer wieder thematisiert. Diese sollen zunächst kurz vorgestellt werden. Erst kürzlich wurde die Grabanlage für verstorbene deutsche und russische

Soldaten des Ersten Weltkrieges auf dem Weimarer Hauptfriedhof aufwendig restauriert. Mit Blick auf die Chronologie der Gewaltgeschichte während des 20. Jahrhunderts führt uns der Weg auf dem Weimarer Hauptfriedhof weiter zu den sogenannten *Märzgefallenen* aus dem Jahr 1920. Dabei kamen Arbeiter*innen, die sich am Generalstreik beteiligten, durch Angehörige der putschenden Reichswehrsoldaten in Weimar ums Leben. Diese Grabfläche wird auf Initiative der Stadt Weimar erhalten und gepflegt, da die Gräber der *Märzgefallenen* 1920 nicht unter den Schutz des Gräbergesetzes fallen. Ihnen schuf Walter Gropius das *Blitz-Denkmal*, welches am 1. Mai 1922 eingeweiht wurde. Nur wenige Jahre später, genauer gesagt 1936, zerstörten die Nationalsozialisten diesen Erinnerungsort, da sie Gropius und seine Kunst nicht billigten. Wenige Meter weiter vom 1946 wiederaufgebauten *Blitz-Denkmal* befindet sich eine zweigeteilte Grabanlage. Zunächst wurden hier die sterblichen Überreste der sogenannten *Webicht-Toten* in einem Sammelgrab beerdigt. 149 Menschen, darunter Zwangsarbeiter*innen aus verschiedenen europäischen Ländern sowie ein desertierter deutscher Fahnenjunker-Unteroffizier und ein katholischer Pfarrer, waren im Hausgefängnis der Gestapo Weimar, im sogenannten *Marstall* und im Landgerichtsgefängnis Weimar inhaftiert (Gräfe et al., 2009: S. 477-483). Am 5. April 1945, noch kurz vor Kriegsende, wurden sie in einem Waldstück bei Weimar, dem *Webicht*, von der Gestapo ermordet. In den Folgejahren und

-jahrzehnten wurde die Gedenk- und Grabanlage sukzessiv erweitert und trug fortan den Namen *Ehrenhain für die Verfolgten des Naziregimes*.

Am Südende des Friedhofes entstand ab 1940 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine dreigeteilte Grabanlage. In der Mitte des Grabfeldes wurden Einzelgrabbestattungen durchgeführt - zunächst für verstorbene Wehrmachtssoldaten. In den weiteren Kriegsjahren ab 1941 kamen verstorbene Soldaten der Waffen-SS wie auch SS-Wachmänner aus dem KZ Buchenwald hinzu. Oberhalb dieser Kriegsgräberstätte entstand eine Sammelgrabfläche für Bombentote, die beim Luftangriff der Alliierten auf das Gustloff Werk II in der Nähe des KZ Buchenwald am 24. August 1944 ums Leben kamen.

Auf zwei Granitblöcken befinden sich größtenteils die Namen der bei dem Bombenangriff umgekommenen Angehörigen der Wachmannschaften aus dem KZ Buchenwald. Wenige Tage später fand eine große öffentliche und stark militärisch geprägte Trauerfeier auf dem Weimarer Hauptfriedhof statt. Das Bemerkenswerte bei den Granitblöcken ist, dass die ersten 155 Namen der Kriegstoten auch auf den Einzelgräbern wiederzufinden sind. Am unteren Bereich des großen Grabfeldes befindet sich die Sammelgrabanlage für die Bombentoten des 9. Februar 1945. Es war der schwerste Luftangriff der Alliierten auf die Stadt Weimar. Auf vier großen Granitstelen sind die verstorbenen Zivilist*innen, Militärangehörige wie auch Zwangsarbeiter*innen namentlich

erwähnt.

Restaurierung des Grabfeldes führt zu überregionaler Kritik

Bis zur Wiedervereinigung wurde das Grabfeld für vornehmlich deutsche Soldaten von staatlicher Seite in der DDR nicht besonders gepflegt, eher geduldet und von Angehörigen, so diese denn in der Region lebten, gepflegt. Fotos aus dem Jahr 1991 zeigen, dass einzelne Holzgrabkreuze existierten und mit Grabschmuck versehen waren. Die Restaurierung erfolgte dann auf Initiative des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und in Abstimmung mit der Stadt Weimar im Jahr 1992. Im Rahmen von Modellprojekten in den damals *neuen Bundesländern* setzte der Volksbund diese Restaurierung der Grabanlagen um. Der Grund dafür war, dass das Gräbergesetz, nach dem die Bundesländer die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft erhalten, im Bundesland Thüringen erst am 01.01.1993 in Kraft trat. Nach Fertigstellung des Grabfeldes reichte die Reaktion vieler Weimarer Bürger*innen von Verwunderung bis Entsetzen.

Bei der Restaurierung waren die Gräber mit der Angabe des jeweiligen Dienstgrades versehen worden. Dadurch konnten nun alle Besucher*innen des Friedhofs erkennen, welche der dort Bestatteten zur SS gehört hatten. Die Folge waren viele Beschwerden beim Volksbund und der Stadt Weimar. Deren damaliger Bürgermeister Klaus Büttner befürchtete, dass die SS-Gräber ein Aufmarschort für nazistische Gruppierungen

werden oder auch zur Zerstörung der Grabsteine führen könnten (Markmeyer, 1993: S. 5).

Ein auf dem Weimarer Hauptfriedhof bestatteter SS-Mann ist der Obersturmführer Bruno Dembeck. Aus Recherchen des Sendeformates *Kontraste* aus dem Jahr 1993 geht hervor, dass im Bundesarchiv lagern- de Akten sowjetischer Ermittlungsbehörden beweisen, dass Dembeck Führer eines SS-Totenkopfkommandos war. Er war in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald eingesetzt (Markmeyer, 1993: S. 5). Noch bevor er an einer Venenentzündung am 31.12.1944 im Teillazarett in Greiz (heutiges Ostthüringen) verstarb, war er erster Lagerkommandant des KZ-Außenlagers *Schwalbe V* in Berga/Elster (Heimat- und Geschichtsverein Berga/Elster, 2013).

Im Fall von Dembeck können wir von einem Täter sprechen, dessen Grab trotzdem nach dem GräbG ein dauerndes Ruhe- recht mit Grabpflege innehat. Was also tun? Diese Frage stellten sich damals alle Beteiligten. Eine Auswahl an Leserbriefen an die Thüringische Landeszeitung verdeutlicht die damaligen Meinungen: Sie reichen von Ablehnung der dort durchgeführten Restaurierung:

„Wo sind wir hingeraten? Welch eine Kulturschande! Da werden Gedenksteine für Nazischergen errichtet – auch noch mit Angabe ihres Dienstgrades! Hat denn niemand ein Gefühl dafür, dass manche Menschen besser totgeschwiegen werden!“

(Wahrenberg, 1993: S. 15)

bis hin zum Erhalt der Grabinschriften, so dass sich die Interessierten selbst eine Meinung dazu bilden können:

„Warum schweigt man die fraglichen SS-Männer einfach tot? [...] Ich bin der Meinung, Zeugen der Vergangenheit sollten möglichst authentisch erhalten bleiben. Damit ist es dann der Intelligenz des Betrachters überlassen, persönliche Schlüsse zu ziehen. Das gilt auch für nachträglich eingerichtete Soldatenfriedhöfe, die in Deutschland traditionell den Dienstgrad des Gefallenen tragen.“ (Schmidt, 1993: S. 10)

Eine Beseitigung oder Umbettung der SS-Gräber, wie sie auch bei heutigen Gesprächs- und Diskussionsrunden mit Jugendlichen immer wieder angedeutet wird, kam nicht in Frage. Alle Kriegstoten, die infolge von Feindseligkeiten starben, haben laut dem Zusatzprotokoll der Genfer Konvention und dem deutschen Gräbergesetz ein dauerndes Ruhe- recht. Das gilt auch für die im Krieg umgekommenen SS-Angehörigen. Auf Antrag der Stadt Weimar und mit Einverständnis des Volksbundes wurden die Dienstgrade der SS-Männer auf den Grabsteinen schließlich ausgemeißelt. Nach Recherche alter Gräberkartelisten aus den 1950er Jahren wird jedoch ersichtlich, dass nicht bei allen verstorbenen KZ-Wachmännern die Dienstgrade entfernt wurden. So im Fall eines ebenfalls beim alliierten Luftangriff vom 24. August 1944 verletzten SS-Oberschützen, der wenige Tage später im Lazarett verstarb. Auf seinem heutigen Grabstein steht

weiterhin der Dienstgrad Oberschütze. Ein Zufall? Vielleicht, da es diese Dienstgradbezeichnung sowohl bei der Wehrmacht als auch bei der SS gab.

Der Weimarer Hauptfriedhof als außerschulischer Lernort

Aber was bedeutet das alles heute – mittlerweile 30 Jahre nach der Restaurierung? Immer seltener findet man Grabschmuck an den einzelnen Grabsteinen, die Angehörigen sterben aus oder können aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr das Grab der Verwandten besuchen. Kriegsgräberstätten erklären sich nicht mehr aus sich selbst heraus. Sie müssen, wenn sie der jungen Generation als *Mahnmale für den Frieden* definiert werden, erklärt und diskutiert werden. Sie müssen in den Lebensalltag dieser jungen Menschen mit einbezogen werden. Kriegsgräberstätten sind authentische Orte, an denen sich kritisch mit Fragen über Schuld und Aussöhnung, Täterschaft und Verantwortung auseinandergesetzt werden kann und muss und wir die Chance haben, uns dem Unbehagen an der Geschichte zu stellen. Es lohnt sich mit der heutigen jungen Generation vor Ort ins Gespräch zu ihren Positionen und Perspektiven zu kommen, was wir mit dem dauernden Ruherecht der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft anfangen, ob und wie das Erhalten und die Pflege der Kriegsgräberstätten weiterhin sinnvoll ist.

Folglich tauscht sich der Volksbund in Thüringen mit Ansprechpartner*innen der Stadt Weimar, der Gedenkstätte Buchenwald sowie interessierten Schüler*innen aus, um

gemeinsam verschiedene Zugangsformen zu diesem äußerst streitbaren Themenkomplex zu finden. Informationstafeln mit Hintergrundinformationen von Schüler*innen für Gleichaltrige sind dabei genauso denkbar wie App-basierte digitale Zugangs- und Erkundungsformate.

Literatur

Heimat- und Geschichtsverein Berga/Elster (2013): Das Bauvorhaben Schwalbe V – eine Chronologie. Abrufbar unter <https://www.heimatverein-berga-elster.de/schwalbe-5/chronologie>; zuletzt aufgerufen am 09.01.2022.

Markmeyer, Bettina. (1993): KZ-Schergen auf Weimarer Friedhof geehrt. In: Taz-die Tageszeitung, 3995/1993, S. 5.

Gräfe, Marlis / Post, Bernhard / Schneider, Andreas (Hrsg.) (2009): Quellen zur Geschichte Thüringens. Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933 – 1945. II. Halbband, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

Wahrenberg, Elke. (1993): Ehrung von Nazischergen. In: Thüringische Landeszeitung, 66/1993, S. 15.

Schmidt, W.G. (1993): Authentisches ist zu erhalten. Thüringische Landeszeitung 73/1993, S. 10.

Über den Autor

Sebastian Fehnl arbeitet als Bildungsreferent im Landesverband Thüringen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V..

Gesicht der Berliner Deportationen: Walter Dobberke

Von Akim Jah

Die wissenschaftliche Erforschung der Täter der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen hat sich bereits seit längerer Zeit so ausdifferenziert, dass sich nicht nur die biographischen Hintergründe der verschiedenen Tätertypen, ihre Motivlagen und ihr Verhalten differenziert kategorisieren lassen (grundlegend dazu: Paul 2002), sondern auch die arbeitsteilige Vorgehensweise und unterschiedlichen Funktionen in den verschiedenen Behörden und Stellen erkennbar sind. So zeigen Forschungen zur personellen Zusammensetzung und zur Tätigkeit der lokalen Gestapo-Dienststellen die funktionale Zusammenarbeit zwischen „anständigen Beamten und üblen Schlägern“, wie dies Hans-Dieter Schmid etwas schlagwortartig und „idealtypisch“ für die Stapo Hannover benannt hat (vgl. Schmid 1996: 133-160).

Die Stapoleitstelle Berlin

Auch die Stapoleitstelle Berlin, die größte regionale Gestapo-Dienststelle im Altreich, zeichnete sich durch ein Personal aus, das einerseits aus langgedienten Beamten und andererseits aus Männern mit dezidiert nationalsozialistischem Hintergrund bestand. Bei den zuletzt genannten handelte es sich um ideologisch überzeugte und zumeist auch vor 1933 politisch aktive Nationalsozialisten, die ohne polizeiliche Ausbildung über die SS zur Gestapo gekommen waren. Dazu gehörten insbesondere Abteilungs- und Referatsleiter

sowie, als Juristen, der zeitweilige Leiter der Behörde Otto Bovensiepen und sein Stellvertreter Kurt Venter (Jah 2015: 55-79). Die Angehörigen der zuerst genannten Gruppe hatten lange vor 1933 ihre Karriere bei der Polizei begonnen und kamen später, oft über die Kripo, zur Gestapo. Zu ihr gehörten vor allem subalterne Beamte, darunter die Mitarbeiter des sogenannten „Judenreferats“, das seit dem Beginn der Deportationen der Jüdinnen*Juden aus Berlin im Oktober 1941 diese organisatorisch vorbereitete, für die Abholungen der Betroffenen zuständig war, die Sammellager betrieb und den Abtransport zum Bahnhof vornahm. Etwa die Hälfte von ihnen war zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeiten im „Judenreferat“ Mitglied der NSDAP. Das Referat umfasste während der Zeit der Deportationen durchschnittlich 20 bis 25 Personen und war, nicht untypisch für den nationalsozialistischen Staat, von einer großen personellen Fluktuation geprägt.

Walter Dobberke

Ein Name, der in den Quellen zu den Deportationen aus Berlin immer wieder auftaucht, ist Walter Dobberke. Dobberke, ein subalterner Mitarbeiter des „Judenreferats“, leitete die Sammellager Große Hamburger Straße und Schulstraße und war der einzige Angehörige des Referats und mutmaßlich der gesamten Berliner Gestapo, der an den Deportationen von Anfang bis Ende, d.h. 1941 bis 1945, beteiligt war. Er kann mit einigem Recht daher als „Gesicht der Berliner Deportationen“ bezeichnet werden – obgleich er nicht derjenige war, der die zentralen Entscheidungen fällte und auch

zahlreiche andere Täter innerhalb der Polizei sowie an anderen Stellen an den Verschleppungen beteiligt waren. Dobberkes Biographie und sein Verhalten stehen zugleich beispielhaft für die aus der Weimarer Republik kommenden Beamten, die im ersten Jahr der Deportationen die Mehrheit im Referat ausmachten.

Walter Dobberke¹ wurde am 15. August 1906 in Sonnenburg (heute: Słonsk), 15 Kilometer östlich von Küstrin (heute: Kostrzyn) in der damaligen Neumark im heutigen Polen, geboren. Sein Vater war Strafanstaltshauptwachtmeister und arbeitete mutmaßlich in der dortigen Strafanstalt, deren Gebäude im April 1933 zu einem frühen KZ und später zu einem Arbeitserziehungslager umfunktioniert wurden. Dobberke besuchte acht Jahre die Schule in Sonnenburg und absolvierte anschließend eine Lehre als Elektromonteur. Zwei Jahre lang arbeitete er in diesem Beruf, zunächst bei seinem Ausbildungsbetrieb und anschließend bei einer Firma in Berlin. Im Oktober 1925 begann seine Karriere bei der Polizei mit einer einjährigen Ausbildung in der Polizeischule in Brandenburg (Havel). Anschließend kam er zur Schutzpolizei nach Berlin, wo er die gesamten 12 Jahre seiner Dienstzeit verbrachte. 1932 heiratete er eine Frau aus seinem Geburtsort. Die Ehe blieb kinderlos.

¹ Die nachfolgenden biographischen Angaben beziehen sich auf die zu Dobberke überlieferten Quellen im ehemaligen Berlin Document Center, die heute im Bundesarchiv Berlin überliefert sind. Die Ausführungen zu den Tätigkeiten im Sammellager folgen Jah 2013.

Zwischen 1937 und 1939 engagierte sich Dobberke als Blockwaller bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Einige Monate vor seinem Ausscheiden aus der Schutzpolizei im Oktober 1937 trat er der NSDAP bei. Vier Monate später begann er seinen Dienst bei der Stapoleitstelle Berlin. Über die Umstände seiner Einstellung ist nichts bekannt. Klar ist nur, dass er mit dem Polizeiversorgungsschein, den er mit seinem regulären Ende der Dienstzeit bei der Schutzpolizei erhalten hatte, die Möglichkeit erhielt, bei der Kriminalpolizei unterzukommen, worüber er möglicherweise, wie dies von anderen Polizisten überliefert ist, zur Gestapo kam. Von seiner Berufslaufbahn – handwerkliche Ausbildung und Dienst bei der Schutzpolizei – unterschied er sich kaum vom Großteil seiner Kollegen im späteren „Judenreferat“.

Im Sammellager Levetzowstraße

Mit mehreren hundert Mitarbeitern war die Berliner Gestapo, deren Sitz sich im Polizeipräsidium am Alexanderplatz befand, eine Behörde mit zahlreichen Referaten, die sich, etwas vereinfacht gesagt, vor allem den unterschiedlichen Verfolgtengruppen widmeten. Dobberke war unter anderem mit Fällen, die Homosexualität betrafen, betraut und arbeitete in der Zentralkartei. Im Januar 1939 war er im Referat „Einziehung von Vermögenswerten“, wo er erste Erfahrungen in „Judenangelegenheiten“ sammeln konnte. Spätestens mit dem Beginn der Deportationen aus Berlin im Oktober 1941 wurde Dobberke, zu dieser Zeit im Rang eines Kriminaloberassistenten, ins

„Judenreferat“ versetzt, wo er zunächst vor allem im Sammellager in der Levetzowstraße in Moabit tätig war. Dieses ließ die Gestapo in der dortigen Synagoge zur Vorbereitung der Transporte „in den Osten“ einrichten. Zunächst wurden hier die Verschleppungen in das Ghetto Litzmannstadt organisiert, später auch in Orte im besetzten Baltikum, nach Minsk und im Generalgouvernement. Mitarbeiter verschiedener Referate der Berliner Gestapo und zum Teil auch der Kripo holten die Betroffenen zuhause ab und brachten sie in die Levetzowstraße. Angehörige des „Judenreferats“, unter ihnen mutmaßlich auch Dobberke, nahmen ihnen dort im Zuge der „Durchschleusung“ ihre Wertgegenstände ab. Zu Dobberkes Tätigkeit gehörte es zudem, die Transporte an die Zielorte im deutsch besetzten Mittel- und Osteuropa zu begleiten.

Lagerleiter im Sammellager Große Hamburger Straße und Schulstraße

Als die Gestapo im Juni 1942 im Jüdischen Altenheim in der Großen Hamburger Straße ein Sammellager für die Vorbereitung der Transporte nach Theresienstadt einrichtete, war es Dobberke, der mit der Leitung damit betraut wurde. Mit diesen Transporten wurden vor allem ältere Menschen in das Ghetto in der Nähe von Prag deportiert. Die Funktion des Lagerleiters hatte Dobberke auch später inne, als das Gebäude im Frühjahr 1943 zum alleinigen Sammellager für die „Osttransporte“ und Transporte nach Theresienstadt wurde. Auch als das Lager Anfang 1944 in die Schulstraße im Berliner Wedding auf das Gelände des Jüdischen

Krankenhauses umzog, blieb Dobberke dessen Leiter.

Im Sammellager war Dobberke zuständig für die Organisation der Abholungen, die „Durchschleusung“ und die Zusammenstellung der Transporte. Unterstützt wurde er von weiteren subalternen Angehörigen des „Judenreferats“ sowie von Mitarbeiter*innen der Jüdischen Gemeinde, die als Ordner*innen gezwungen worden waren, für die Gestapo zu arbeiten. Dabei war Dobberke bei den „Durchschleusungen“ zum Teil selbst an den Durchsuchungen der abgeholtten Opfer sowie an Abholungen beteiligt. Bei der Abfahrt der Transportzüge war er an den Bahnhöfen zugegen und diktierte im Anschluss einen Bericht an seine Vorgesetzten. Gemeinsam mit diesen nahm er zudem regelmäßig an Vorladungen teil, bei denen die Gestapo Anweisungen an die Funktionäre der Jüdischen Gemeinde übermittelte und organisatorische Fragen im Zusammenhang mit den Deportationen geklärt wurden.

Ab Frühjahr 1943, als bis auf wenige Ausnahmen die jüdische Bevölkerung Berlins deportiert und zu einem großen Teil ermordet war, gerieten die im Untergrund lebenden Jüdinnen*Juden vermehrt in das Visier der Gestapo. Mehrere Tausend Menschen versuchten sich vor dem Zugriff der Gestapo zu verstecken. Ihre Aufspürung gehörte nun auch zu Dobberkes Aufgabenbereich. Hierzu unterstanden ihm sogenannte jüdische Greifer, die, um selbst einer Deportation zu entgehen, nach versteckt lebenden Jüdinnen*Juden zu suchen hatten. Wurden

sie gefasst, kamen sie in das Sammellager, wo sie u.a. von Dobberke verhört wurden.

Flucht und Festnahme

Bei Ende des Krieges flüchtete Dobberke aus Berlin und wurde kurz darauf, vermutlich nach einer Anzeige durch einen Überlebenden, von den Sowjets festgenommen. Im Juli 1945 verstarb er in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Posen (Poznan).

Im Unterschied zu vielen seiner Kollegen im „Judenreferat“, die in den 1960er-Jahren im Rahmen des Bovensiepen-Verfahrens zu ihrer Beteiligung an der Deportation der Jüdinnen*Juden aus Berlin ausgesagt haben, konnte Dobberke nie über seine Tätigkeit und seine Einstellung dazu detailliert befragt werden. In diesem Prozess vor dem Westberliner Landgericht waren die ehemaligen Gestapo-Mitarbeiter der Beihilfe zum Mord beschuldigt und sagten, allerdings ohne sich als schuldig zu erkennen, umfangreich aus (vgl. Jah 2015). Viele Überlebende sowie ehemalige Funktionäre und Ordner*innen wurden während des Verfahrens als Zeug*innen gehört. Anhand dieser Aussagen lässt sich ein differenziertes Bild von Dobberkes Verhalten, dessen Stellung als Lagerleiter für ihn ohne Zweifel eine starke berufliche Aufwertung bedeutete, darstellen, das im Folgenden zusammengefasst wird.²

Zeug*innenaussagen zur Person Dobberke

Im Sinne der Organisation der Deportationen lässt sich Dobberkes Verhalten als effizient bezeichnen. Er führte die Anweisungen seiner Vorgesetzten ohne erkennbares Zögern aus und setzte die Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes zur Auswahl und zur Zahl der zu deportierenden Menschen bürokratisch um. Dabei ist nicht sichtbar, dass er initiativ tätig wurde oder sich durch offenen Antisemitismus hervortat. Von Überlebenden wird Dobberke jedoch durchaus ambivalent beschrieben. In vielen Aussagen wird er als „anständig“, „korrekt“ und „nicht aggressiv“ bezeichnet – Beschreibungen, die viele Überlebende auch in Bezug auf andere aus der Weimarer Polizei kommenden Beamten gemacht haben – und die im Übrigen auch ihrem Selbstverständnis entsprach (vgl. hierzu und zur Problematisierung des Begriffs „anständig“: Jah 2009). Für die im Lager tätigen jüdischen Ordner*innen soll es teilweise möglich gewesen sein, mit Dobberke über Zurückstellungen von einer Deportation von Einzelnen zu „verhandeln“. Dabei nutze er offensichtlich seine Macht, um einzelne Personen nicht zu deportieren bzw. von der Deportation zurückzustellen.

Daneben stehen Beschreibungen von Dobberke als korrupt und gewalttätig. Wie nachweislich viele andere Mitarbeiter der Berliner Gestapo hätte sich Dobberke am Vermögen der deportierten Jüdinnen*Juden bereichert. Einige Überlebende schildern, wie er im Sammellager Große Hamburger

² Die Aussagen aus dem Bovensiepen-Verfahren sind im Landesarchiv Berlin unter der Repositur B Rep 058 überliefert.

Straße, wo er auch übernachtete, Kartenspiele und sich dabei von Häftlingen mit alkoholischen Getränken bedienen ließ. Auch sei er regelmäßig betrunken gewesen. Andere berichten, wie er bei der Festnahme von untergetauchten Jüdinnen*Juden auf diese einschlug, um die Verstecke weiterer Personen zu erfahren. So schreibt Eugen Herman-Friede in seinen Erinnerungen über Dobberkes Verhalten nach einem nächtlichen Ausbruchversuch von mehreren Häftlingen aus dem Lager in der Schulstraße Anfang 1945:

„Er [Dobberke] kommt über den Gang angeirrt, bleibt in der offenen Bürotür stehen, ungekämmt, mit aufgeknöpfter Uniformjacke, einer Pistole in der Hand. Dobberke ist groß mit bulliger Figur, trägt sein Haar militärisch kurz und hat ein zusammengekniffenes, markiges Gesicht. ‚Raus in den Gang stellen, nebeneinander‘ donnert er wutentbrannt, steckt die Pistole in den Halfter und nimmt einen vielschwänzigen, ledernen Ochsenziemer vom Haken an der Wand. Bei jedem einzelnen von uns nimmt er neuen Anlauf und schlägt von oben herunter, mit voller Kraft.“ (Herman-Friede 1994, S. 130)

Beide Verhaltensweisen – das „anständige“ Ausführen von Befehlen und die Anwendung von Gewalt – die in der Person Dobberke zusammenfallen – waren für die Organisation der Deportationen und die Habhaftwerdung der Opfer von zentraler Bedeutung. Ohne diese unterschiedlichen Verhaltensweisen und auch ohne die Zusammenarbeit unterschiedlicher Tätertypen innerhalb des Terrorapparats von Polizei

und SS wäre der industriell organisierte Massenmord nicht möglich gewesen. Die Auseinandersetzung mit Motivlagen, sozialen und beruflichen Hintergründen und den jeweiligen Verhaltensweisen liegt damit auch für die historisch-politische Bildung zu den NS-Verbrechen nahe. Zielgruppen für entsprechende pädagogische Angebote sind nicht nur Schüler*innen bzw. Jugendliche, sondern auch Erwachsene, insbesondere Angehörige der Polizei. Wie das Beispiel Dobberke zeigt, geht es dabei auch darum, ambivalentes Verhalten von Tätern zu erkennen und einzuordnen und die Handlungsspielräume zu diskutieren, die auch subalterne Täter hatten (s. Jah 2009). Pädagogische Materialien hierzu sind beispielsweise im durch die Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Material zur Polizei im Nationalsozialismus enthalten. Ein methodisch-didaktischer Ansatz, der sich auf die Polizisten der Berliner Gestapo und die Deportationen aus Berlin bezieht, bietet die Seite des [Audioguides Hörpol](#).

Literatur

Eugen Herman-Friede: Für Freudensprünge keine Zeit. Erinnerungen an Illegalität und Aufbegehren 1942-1948. Berlin 1994.

Akim Jah: „...und trotzdem anständig geblieben zu sein“. Aussagemuster von ehemaligen Gestapo-Beamten nach 1945. In: Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hg): Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen. Darmstadt 2009, S. 319-334.

Akim Jah: Polizei und Deportationen. Didaktisches Material zur Täterschaft im Nationalsozialismus. In: Lernen aus der Geschichte Magazin vom 17.1.2011. Online: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/7609>.

Akim Jah: Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße. Berlin 2013.

Akim Jah: Die Mitarbeiter der Stapoleitstelle Berlin und das Bovensiepen-Verfahren. In: Andreas Nachama (Hg.): Reichssicherheitshauptamt und Nachkriegsjustiz. Das Bovensiepen-Verfahren und die Deportation der Juden aus Berlin. Berlin 2015, S. 55-79.

Gerhard Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002.

Hans-Dieter Schmid: ‚Anständige Beamte‘ und ‚üble Schläger‘. Die Staatspolizeistelle Hannover. In: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann: Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt 1996, S. 133-160.

Über den Autor

Dr. Akim Jah ist Politologe und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Geschichte der Deportationen aus Berlin und der Gestapo sowie mit Methoden der historisch-politischen Bildung. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Forschung und Bildung der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution.

Statistik und Katastrophe: Die Liste der Wannsee-Konferenz

Von Flavia Citrigno und Christoph Kreutzmüller

Fast wie Auschwitz-Birkenau für den physischen Mord steht die Wannsee-Konferenz für die bürokratische Verfasstheit der Shoah. Entsprechend zieht die 1992 etablierte Gedenk- und Bildungsstätte trotz ihrer relativ abgelegenen Lage in normalen Zeiten mehr als 100.000 Besucher*innen im Jahr an.

Was die „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ in einer Villa am Ufer der Havel im Kern ausmacht, ist eine Frage, über die in der Fachwissenschaft seit Langem diskutiert wird und die schwer zu vermitteln ist. Neben Strukturen und den Teilnehmern kann eine Annäherung vor allem über das Protokoll erfolgen. Die fünfzehn maschinengeschriebenen Seiten sperren sich allerdings gegen eine schnelle Lektüre. Entsprechend wird das Protokoll oft auf einige Kernzitate reduziert. Optisch hebt sich neben der Teilnehmerliste am Anfang nur eine Seite deutlich von den anderen ab. Dies ist die sechste Seite des Protokolls. Auf dieser Seite werden in tabellarischer Form die Zahl der noch lebenden Jüdinnen*Juden in Europa auf- und die Zahl von über 11 Millionen eingeführt.

Die am 20. Januar 1942 als Tischvorlage ausgeteilte Liste ist in ihrem symmetrischen und mathematischen Aufbau für unsere Augen nicht fremd – anders als das sprachlich komplizierte Protokoll der Besprechung, das mit seinen Tarnbegriffen und langen Sätzen

sperrig wirkt. Die strukturierte Ausführung der europäischen Länder in zwei Kategorien und die beistehenden Zahlen vermitteln den Eindruck, es handele sich dabei um eine klare, präzise Angabe, deren Erfassung deutlich und genau war. Wie der israelische Historiker Dan Michman 2018 festgestellt hat, ist diese Liste längst zu einer „Ikone“ geworden. Sie wurde und wird in zahlreichen Publikationen und Ausstellungen gezeigt. Der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz diente die Liste eine zeitlang sogar als Hintergrundmotiv für Informationsfaltblätter. Allerdings verstellt die symbolische Aufladung wie so oft den Blick auf das „Objekt“. Entsprechend ist die Liste in der Forschung kaum hinterfragt worden, obwohl sie einen großartigen Ausgangspunkt zu Fragen der Dimension des Mordens, der statistischen Repräsentanz von Menschen ebenso wie zu einer Auseinandersetzung mit Tätern und Tathorizonten der Shoah bietet. Wie jedes Dokument muss die Liste dazu kontextualisiert und letztlich dekonstruiert werden.

Wer listet?

Die Liste wurde vom Leiter des Judenreferats IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes, Adolf Eichmann, und seinen Mitarbeitern zusammengestellt. Wie waren Eichmann und seine Mitarbeiter aber an die Angaben gekommen? Da die schriftliche Überlieferung äußerst lückenhaft ist, können wir diese Frage gar nicht so einfach beantworten. Nachweislich diente Eichmann eine Aufstellung als Grundlage, die Ernst Simon, der Leiter der statistischen Abteilung der

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Anfang August 1941 quasi über Nacht erstellt hatte. Ganz offenbar hatte sich Eichmann nach der Ernennung Reinhard Heydrichs zum Chefplaner der „Gesamtlösung der Judenfrage“ durch Hermann Göring am 31. Juli 1941 einen Überblick verschaffen wollen und Simon den Befehl erteilt, eine solche Aufstellung zusammenzustellen. Bei seinem Prozess in Jerusalem sagte Eichmann fast 20 Jahre später aus, dass er sich zur Verifizierung des statistischen Materials der Kanäle des Reichssicherheitshauptamtes bedient und so beispielsweise die Berichte der Einsatzgruppen in seine Statistik eingearbeitet hatte.

Wann?

Im Protokoll wird der 31.10.1941 als „Stichtag“ der Sammlung statistischer Daten für das Deutsche Reich bzw. das Protektorat genannt. In Jerusalem gab Eichmann dann an, dass er seine Vorbereitungen im November 1941 erledigt habe. Dies deckt sich aber nicht mit der Anzahl der zu diesem Zeitpunkt noch im Deutschen Reich lebenden Juden. Anfang November 1941 lebten noch 150.925 Jüdinnen*Juden im sogenannten Altreich – und nicht 131.800, wie dann in der Liste steht. In Folge der Deportationen waren erst Anfang Januar 1942 nur noch so wenig Jüdinnen*Juden im Reich. Dass Eichmann in Jerusalem in dieser Beziehung falsche Angaben machte, zeigt sich auch an einer anderen Stelle. Insbesondere im Osten, wo die Kriegslage und somit die Grenzen und Mordpolitik extrem und dynamisch waren, waren die Zahlen noch lebender

Jüdinnen*Juden verheerend gesunken. Estland wurde als erstes (und einziges) Land auf der Liste bereits als „judenfrei“ eingetragen. Dabei wurde Estland erst in einem Bericht von Anfang Februar 1942 offiziell so bezeichnet. Eichmann muss davon vorab – wahrscheinlich telefonisch – erfahren und diese Information eingearbeitet haben.

Auffällig sind außerdem einige Fehler: So ist Serbien unter den „nicht besetzten“ Ländern aufgeführt. Das Elsass und das Memelgebiet, die von Deutschland annektierten Teile Sloweniens und das Sudetenland hatte Eichmann ebenso wie Luxemburg entweder unter dem Begriff „Altreich“ gefasst oder – wie im Übrigen auch Island – einfach vergessen. Auch dies spricht letztlich dafür, dass die Liste erst kurz vor der Konferenz fertiggestellt und nicht mehr Korrektur gelesen worden ist.

Wen?

Die Liste ist in zwei Spalten geteilt. Unter „A“ sind die vom Deutschen Reich besetzen oder beeinflussten Länder aufgeführt. Unter „B“ werden die (noch) nicht besetzten oder neutralen Länder genannt. Die Anordnung der Namen wirft viele Fragen auf und legt nahe, dass es eine Liste vor der überlieferten Liste gab.

Vor allem die Einträge am Anfang der Liste scheinen auf den ersten Blick keiner alphabetischen Anordnung zu folgen. Hier ist jedoch die quasi koloniale Perspektive der Täter auf Osteuropa zu berücksichtigen: Die Gebiete, die bald ein Teil des Reichs hätten werden sollen, wurden mit Absicht ganz

hoch in die Liste gesetzt. Sich vorzustellen, wie Eichmanns ursprüngliche Liste aussah, hilft bei der Dekonstruktion der Täterziele nicht nur hinsichtlich der Ermordung der Jüdinnen*Juden, sondern auch der Vorstellungen der Herrschaft über Europa.

Land	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrußland aus- schl. Bialystok	446.484
Zusammen: über	11.000.000

(Bildrechte: Haus der Wannsee-Konferenz)

Das wohl wichtigste Merkmal der in der Forschung bislang weitgehend vernachlässigten Liste ist ihr eigene Mischung aus Nachlässigkeit und Akkuratess. Abgesehen von den erwähnten Fehlern zeigt die Liste auch verschiedene Ungenauigkeiten.

Sogar die ikonische Angabe von „über 11 Millionen“ ist streng genommen ungenau. Eine Addition aller Zahlen der Liste ergibt 11.292.300. Warum rundete Eichmann ab, wo er sich doch vorher so viel Mühe gegeben hatte, genaue Zahlen vorzubereiten? Ist das ein Hinweis, dass Eichmann selbst wusste, dass seine Statistik nicht so genau war – oder dass es auf die Zahl eigentlich gar nicht ankam? Vermutlich war es ihm einfach egal, dass 292.300 Menschen mehr ermordet werden sollten.

Ein anderes grundlegendes Problem der Liste ergibt sich aus dem Umstand, dass eines der zentralen Themen der Besprechung am Wannsee die Frage nach der Definition von Jüdinnen*Juden war. Die Diskussion darüber, wie mit Menschen mit ein oder zwei jüdischen Großeltern umgegangen werden solle, die nach den Regelungen des Nürnberger Reichsbürgergesetzes von 1935 nicht als Jüdinnen*Juden galten, nimmt im Protokoll viel Raum ein. Die Frage der Definition hatte aber unmittelbare Auswirkungen auf die Zusammenstellung der Gesamtzahl der Jüdinnen*Juden. Hätten sich die rassistischen Hardliner am Wannsee oder auf den Folgekonferenzen durchgesetzt und die Definition erweitert, hätte Eichmann die Liste umschreiben müssen. Nur die Zahl für die Niederlande hätte dann Bestand gehabt, weil diese alle Menschen beinhaltete, die nur einen jüdischen Großelternanteil hatten.

Von Zahlen und Fragen

„Ich spreche hier von unliebsamen Tatsachen; und zu allem Übel verfüge ich, um

meine Sicht der Dinge zu untermauern, ich nicht einmal über das einzige Argument, das Leute von heute beeindruckt: nämlich über Zahlenangaben“. Nicht ohne Ironie verwies Hannah Arendt 1943 in ihrem Essay „Wir Flüchtlinge“ auf die starke Wirkung, die Zahlen haben. Eine Wirkung, die im Übrigen ganz ähnlich ist wie die von historischen Fotografien. Zahlen wie Fotos überzeugen auf den ersten Blick – und werden oft keines zweitens Blickes mehr gewürdigt.

Einer der Gründe, warum Eichmanns Liste zur Ikone geworden ist, ist sicherlich, dass die Liste unserem heutigen Verständnis einer rationalen Gesellschaft entspricht, die ihre Welt mit auf Statistiken und Fakten basierenden Zahlen ordnet und durchdringt. Allzu leicht nehmen wir den Anspruch der Täter der Besprechung am Wannsee, nachgerade wissenschaftlich und faktenbasiert zu arbeiten, gleichsam für bare Münze. So scheint die Liste „einfach“ zu belegen, wie viele Jüdinnen*Juden in den jeweiligen europäischen Ländern Ende 1941-1942 gelebt haben und wie viele ermordet werden sollten. Auf den zweiten, manchmal auch dritten oder vierten Blick kann die Seite 6 des Protokolls uns viel mehr verraten. Die Liste ermöglicht einen Einblick in zutiefst rassistische und kolonialistische Perspektiven der Täter und sie gibt Anknüpfungspunkte zum Verständnis eines – und ein Netzwerk einer – in Ansätzen über Europa hinausgehender – Zusammenarbeit von Statistikern, Rasseforschern, Beamten der Einwohnermeldeämter und Polizisten. Letztlich kann die Beschäftigung mit der Liste uns auch dabei

helfen, das Bild der wissenschaftlich und effizient arbeitenden Bürokraten zu dekonstruieren, das sie selbst vermitteln wollten.

Diese Ziele verfolgt ein digitales Projekt des Hauses der Wannsee-Konferenz in Kooperation mit dem Warschauer Partner ENRS, „Statistics and Catastrophe – Questioning Eichmann’s Numbers“. Anhand einer interaktiven Website sollen Benutzer*innen erfahren, woher die Zahlen kamen, die auf Seite 6 aufgelistet sind. Hinter der Statistik verbergen sich aber Millionen von Katastrophen, Leid Verlust und Tod. Auch dies soll die Webanwendung abbilden.

Literatur

Bernlocher, Ludwig (Hg.): Geschichte und Geschehen, Oberstufe A/B, Stuttgart 2005, S. 349.

Abschriften der Aussagen Eichmanns finden sich unter anderem in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.): Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013.

Aufstellung der Reichsvereinigung der „Anzahl der Juden absolut und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in den einzelnen Ländern nach Erdteilen“, 7.8.1941, in: BArch, R 8150, 25.

Jüdische Bevölkerung in Deutschland, in: Statistik des Holocaust: http://statistik-des-holocaust.de/stat_ger_pop.html.

Arendt, Hannah: Wir Flüchtlinge. Mit einem Essay von Thomas Meyer, Stuttgart 2020.

Michman, Dan: Were the Jews of North Africa Included in the Practical Planning for the 'Final Solution of the Jewish Question?', in: Alex J. Kay/David Stahel, Mass violence in Nazi-Occupied Europe, Bloomington 2018, S. 59-78.

Kreutzmüller, Christoph: Eichmanns Zahlen für die Niederlande, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 357-378.

Weiss-Wendt, Anton: „Estland ist Judenrein!“ In: Murder without hatred. Estonians and the Holocaust. 2009 New York, S.123-151.

Über die Autor*innen

Flavia Citrigno, 1992 in Rom geboren, studierte Zeitgeschichte in Paris, Potsdam und Toruń. Christoph Kreutzmüller, 1968 geboren, setzt sich seit Jahren mit der Frage der Verwendung von historischen Fotos in der Bildung auseinander.

Beide Autor*innen arbeiten im Team der Abteilung Bildung und Forschung in die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

NS-Täter in der Familie

Niklas Frank

Von Ingolf Seidel

Laut Angaben im Multidimensionalen Erinnerungsmonitor 2020 (MEMO) gehen 35,8 % der Befragten davon aus, dass sie Opfer aus der Zeit des Nationalsozialismus unter ihren Vorfahren haben. Die Frage nach Mitläufer*innen bejahten 39,7 %, während 32,2 % davon ausgehen Helfer*innen in der Familie zu haben und 23,2 % vermuten oder wissen von Täter*innen unter den Vorfahren. Unter den Opferkategorien werden 14,1% zivile Opfer des Krieges (u.a. Bombenopfer), 15,5 % Geflüchtete oder Vertriebene, 16,7 % Soldaten und 7 % Angehörige einer verfolgten Gruppe angegeben (IKG 2020: 16).

Spätestens seit der viel rezipierten Studie „Opa war kein Nazi“ (Welzer et al. 2002) ist einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, wie bestimmte Narrative als Familialen intergenerationell tradiert und in ihrem ursprünglichen Sinn verändert werden. Dabei entsteht eine emotionale Dissonanz gegenüber den eigenen Vorfahren, die als geliebte Menschen einerseits wahrgenommen werden und andererseits Mitläufer*innen, Bystander oder Administrative- bzw. Direkttäter sein konnten. „Kumulative Heroisierungen“ (Welzer et al. 2002: 64) helfen den Nachfahren dabei eine Erzählung zu generieren, die den Geschichten eine gute Wendung geben und so die Vorfahren exkulpieren. Angenommene Opfernarrative sind ein Ergebnis dieser Mechanismen.

Wessen Eltern noch Teil der sogenannten Erlebnisgeneration waren, dem*der klingen vermutlich noch, wie dem Autor, solche oder ähnliche Sätze nach: „Wir wussten doch nichts“ oder „Wir konnten nichts tun, weil...“. Sätze, die eine Haltung wiedergeben, die Niklas Frank zu dem Buchtitel „Dunkle Seele, feiges Maul: Wie skandalös und komisch sich die Deutschen beim Entnazifizieren reingewaschen haben“ (Frank 2017) veranlasst haben. Frank wurde in der Zeitschrift konkret einmal als Erinnerungsberserker bezeichnet.

Der 1939 geborene Sohn des „Schlächters von Polen“, Hans Frank, Rechtsanwalt und Generalgouverneur der besetzten, nicht in das Deutsche Reich eingegliederten Teile Polens, hat sich in mehreren Büchern mit seiner Familie auseinandergesetzt. Hans Frank wurde im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt und am 16. Oktober 1946 am Strang hingerichtet. Für den oben erwähnten Band hat sich der Sohn in die Archive begeben und beliebige Akten der Spruchkammern zur Entnazifizierung durchgesehen. „Dunkle Seele, feiges Maul“ berichtet auf 567 Seiten von den Eindrücken und Ergebnissen dieser Arbeit. Mehrheitlich wurden Akten von durchschnittlichen Deutschen durchgesehen. Auch andere sind dabei wie Emmy Göring, Margarete Frick, Annelies von Ribbentrop, Hans Pfitzner und Winifred Wagner. Sie hatten Kontakt zu den Eltern Frank. Ein Beispiel: „Georg

Buchmann, geboren 1900, war Mitglied der NSV [NS-Volkswohlfahrt, IS], Blockverwalter von 1943 bis 1945 und machte laut Einstellungsbeschluss der Spruchkammer *durch eidesstattliche Erklärung politisch einwandfreier Personen glaubhaft, dass er sich nicht politisch betätigt und die aufgewungene Tätigkeit zur Unzufriedenheit der örtlichen Parteistellen ausgeübt hat.*“ (Frank 2017: 40; kursiv i.O.)

Franks Sprache ist direkt, ja häufig grob. Er schreibt über „unsere verruchten Väter und Mütter, Groß- und Urgroßeltern, die Hitlers Diktatur bis zur totalen Kapitulation beinhardt mitgetragen hatten“ (Frank 2017: 8) und über „miese Charaktere“ (ebda.: 372). Während die deutsche Wissenschaftssprache, anders als im angloamerikanischen Sprachraum, von Nationalsozialisten, selten von Nazis, schreibt, nutzt Frank deutlich pejorative Wendungen. Seine Botschaft ist deutlich: Die Entnazifizierung ist gescheitert, obwohl in der BRD eine parlamentarische Demokratie aufgebaut wurde. Mit dieser Einschätzung steht Niklas Frank nicht alleine. Frank Stern schreibt gänzlich ohne Polemik in „Im Anfang war Auschwitz“: „Die »Entnazifizierung« erwies sich im historischen Rückblick als eine »Mitläuferfabrik«, und der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann bezeichnete sie als Prozeß der Renazifizierung.“ (Stern 1991: 140) Frank zufolge hätten „Nutznießer, die, obwohl kein Mitglied der Partei oder einer ihrer Gliederungen, vom Unrechtssystem profitiert (...) wie zum Beispiel Ehegattinnen von Top-Nazis, Fabrikbesitzer oder andere Selbst-

ständige, die ihr mehr oder weniger großes Vermögen allein dem Nationalsozialismus zu verdanken hatten.“ (Frank 2017: 10) Diese Gruppen sollten für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden.

Ist das Urteil von Niklas Frank allzu sehr von der eigenen Familiengeschichte geprägt und auf sie fixiert? Immerhin ist es ein Unterschied, ein Mitglied der NS-Funktionselite als Vater zu haben oder gewöhnliche kleinbürgerliche Opportunist*innen, die das Wort Jude nicht aussprechen konnten, oder? Vermutlich schon. Ich hatte die Gelegenheit, Herrn Frank kennenzulernen. Welches Bild ich von ihm nach der Lektüre seines Schlüsselbuches „Der Vater. Eine Abrechnung“ (Frank 1993) hatte, kann ich nicht sagen. Dem eines Berserkers entspricht er mitnichten. Jenseits der scharfen Sprache bei der Lesung aus „Der Vater“ wirkt Niklas Frank ruhig, eher schüchtern. Im Gespräch ist nichts von der Wortgewalt – hier buchstäblich zu verstehen – seiner Bücher spürbar. Wie lässt sich über einen Menschen schreiben, der ein korrupter Massenmörder und der eigene Vater ist? Niklas Frank hat seinen Weg gefunden: „Mit Kübeln voller Mitleid wurde ich übergossen, wuchs ich auf, als ob ich gehenkt worden wäre, nur Mutter war es unheimlich, als sie am 18. Oktober (1946, IS) in mein Kinderheim in Schäftlarn kam, mich leutselig zum Spaziergang bat, mich unnatürlich fest an sich drückte, was ich nie gemocht habe, und mir sagte: »Dein Vater ist nicht mehr. Er lebt nicht mehr. Er ist tot.« Ich hatte mit diesem Besuch gerechnet, ich wußte ja schon

bei unserem Abschied in Nürnberg, daß du demnächst den Löffel abgeben mußt. Ich blieb stumm. Mutter war erst auch stumm, schaute auf mich herab. »Schau mal«, sagte sie, »ich habe nicht mal ein Trauerkleid an, weil er so fröhlich gestorben ist und auch *sterben wollte*, Du siehst, ich weine auch gar nicht. WARUM WEINST DU NICHT?« kam es dann in verdutztem, beleidigenden Ton. Drohend.“ (Frank 1993: 277)

Alexandra Senfft

Als zweites Beispiel für den Umgang mit einem NS-Mörder in der Familie soll an dieser Stelle Alexandra Senfft dienen. Sie ist die Enkelin von Hanns Elard Ludin. Ludin war SA-Obergruppenführer und unter anderem von 1941 bis 1945 als Gesandter des Deutschen Reiches in Preßburg (Bratislava, Slowakei) eingesetzt. Er wurde am 9. Dezember 1947 in Bratislava hingerichtet. Ernst Klee zitiert im „Personenlexikon zum Dritten Reich“ aus einem Telegramm Ludins vom 26. Juni 1942 an das Auswärtige Amt: „Die Durchführung der Evakuierung der Juden aus der Slowakei ist im Augenblick auf einem Toten [sic] Punkt angelangt.“ (Klee 2016: 382) Zeitweise war Hans Gmelin, Vater von Herta Däubler-Gmelin, Adjutant von Ludin. Auch Alexandra Senfft hat sich mit ihren Vorfahren auseinandergesetzt. Im Jahr 2007 wurde ihr Buch „Schweigen tut weh. Eine deutsche Familiengeschichte“ veröffentlicht. Zwei Jahre zuvor ist der Film „2 oder 3 Dinge, die ich über ihn weiß“ über die familiäre Auseinandersetzung mit Hanns Ludin erschienen. Regie führt Malte Ludin, jüngster Sohn des Nazitäters. Von

Alexandra Senfft liegt zudem „Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte“ (Senfft 2016) vor, in dem die Auseinandersetzung mit dem Großvater zwar nur am Rande vorkommt und dennoch hoch präsent ist. Die Mutter von Senfft, Erika, war eines von sechs Kindern aus der Ehe von Hanns Ludin und Erla von Jordan. Während die Schwestern Barbara, Ellen, Andrea eine Front der Verdrängung zur Täterschaft des Vaters bilden, wird Erika zur Alkoholikerin und stirbt bei einem Unfall infolge der Erkrankung (Menasse 2010).

Stilistisch liegen Welten zwischen den Büchern von Frank und Senfft. Beide kennen sich. Auch Senfft wählt deutliche Worte, wenn sie schreibt, „dass der Vater meiner Mutter ein Nazi war“ (Senfft 2016: 21) und sie zeigt den Mechanismus der familiären Stummheit auf: „Ich bin in das Leugnen und Schweigen hineingeboren worden und habe das verklärende Familiennarrativ lange unbewusst mitgetragen oder jedenfalls nicht hinterfragt. Früh stellte ich fest, dass ich meine Mutter mit jeder Frage nach meinem Großvater verletzte, und so tat ich, was Kinder in so einer Situation eben tun: Ich schonte sie durch Nichtfragen.“ (Ebda.) Geleugnet und geschwiegen wurde in Millionen deutschen Familien. Jenseits unmittelbarer Täterschaft wurde auch das Dulden, das Mitmachen beschwiegen und verdrängt. Über ihren Deutschlandbesuch 1950 hält Hannah Arendt fest: „Doch nirgends wird dieser Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird

weniger darüber gesprochen als in Deutschland.“ (Arendt 1999 (1950): 44) Auch Arendt kritisiert das „Entnazifizierungsprogramm“ (ebda.: 60) der Alliierten. Es erscheint ihr der „politischen und moralischen Situation nach Kriegsende unangemessen“ (ebda.). Eine solche Kritik an der westalliierten Entnazifizierungspolitik ist bekannt. Vor allem aber von deutscher Seite wurden die Entnazifizierungsbemühungen unterlaufen. Sicher ist es triftig festzustellen, dass sie bereits früh unter dem Einfluss des Kalten Krieges stand und von Antikommunismus als gemeinsames Ticket wie von der Containment-Politik der USA beeinflusst war. Letztere fand ihren Ausdruck auch im Marshall-Plan. Gleichzeitig waren die anderthalb Milliarden Dollar (Grau et al.), die auf diesem Weg nach Deutschland zur Ankurbelung der Wirtschaft gelangten, ein Anti-Krisenprogramm. Antisemitismus ist neben anderen Aspekten auch ein Krisenphänomen. Aus dieser Perspektive ist es nachvollziehbar, die nationalsozialistisch geprägte Bevölkerung mit Wiederaufbaumaßnahmen, Lohnarbeit und finanziellen Erfolgsaussichten zu beschäftigen. Ob die unterschiedlichen Aporien, die sich im Umgang mit der Bevölkerung des NS-Staates und mit Täterschaft ergeben, im Rahmen von Realpolitik hätten aufgelöst werden können, bleibt zweifelhaft. Das in der östlichen Besatzungszone und der DDR praktizierte sowjetische Modell stellt kaum eine Alternative dar.

Alexandra Senfft und Niklas Frank haben ein kritisches Verhältnis zu ihren Vorfahren und zum innerfamiliären Umgang mit

NS-Täterschaft gefunden und dabei Brüche in Kauf genommen. Sie sind damit nicht nur eine Minderheit, sie sind Ausnahmen, aber keine Ikonen. Einige weitere sind in „Der lange Schatten der Täter“ versammelt. Andere wiederum traten in die ideologischen Fußstapfen ihrer Eltern. Gudrun Burwitz etwa, die Tochter von Heinrich Himmler, die mit dem NPD-Funktionär Wulf-Dieter Burwitz verheiratet war, blieb der rechten Gesinnung bis zu ihrem Tod treu. Zwischen 1961 und 1963 hat sie als Sekretärin für den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach gearbeitet (Gunkel / Leffers 2018). Ein Einzelfall, eine Ausnahme, ist Gudrun Burwitz nicht.

Literatur

Hannah Arendt: Besuch in Deutschland 1950. Die Nachwirkungen des Naziregimes, in: dieselbe: Zur Zeit. Politische Essays, Hamburg 1999. S. 23-70.

Niklas Frank: Der Vater. Eine Abrechnung, München 1993.

Niklas Frank: „Dunkle Seele, feiges Maul: wie skandalös und komisch sich die Deutschen beim Entnazifizieren reingewaschen haben“, Bonn 2017.

Andreas Grau / Regina Haunhorst / Markus Würz: Marshall-Plan und Währungsreform, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/>

marshall-plan-und-waehrungsreform.html.

Christoph Gunkel / Jochen Leffers: Himm-
lers Tochter „Püppi“ – Nazi bis zuletzt,
29.06.2018, SPIEGEL online, <https://www.spiegel.de/geschichte/tod-von-gudrun-bur-witz-heinrich-himmlers-tochter-nazi-bis-zuletzt-a-1215755.html>.

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und
Gewaltforschung (IKG): Multidimensio-
naler Erinnerungsmonitor Studie III 2020
(MEMO), [https://www.stiftung-evz.de/as-
sets/4_Service/Infothek/Publikationen/
EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfas-
sung.pdf](https://www.stiftung-evz.de/assets/4_Service/Infothek/Publikationen/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf).

Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Drit-
ten Reich. Wer war was vor und nach 1945,
Frankfurt am Main 2016.

Eva Menasse: Selbstmord auf Raten,
19.05.2010, Süddeutsche Zeitung online:
[https://www.sueddeutsche.de/panorama/
die-familie-des-nazi-verbrechers-ludin-
selbstmord-auf-raten-1.924967](https://www.sueddeutsche.de/panorama/die-familie-des-nazi-verbrechers-ludin-selbstmord-auf-raten-1.924967).

Alexandra Senfft: Der lange Schatten der
Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-
Familiengeschichte, München 2016.

Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. An-
tisemitismus und Philosemitismus im deut-
schen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline
Tschugall: »Opa war kein Nazi« National-
sozialismus und Holocaust im Familienge-
dächtnis, Frankfurt am Main 2002.

Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen.

Von Pascal Beck

Im Jahr 2009 hat sich die Arbeitsgemeinschaft Politische Psychologie an der Leibniz Universität Hannover gegründet. Ihr Anliegen liegt darin ein „Gegengewicht zur zunehmenden Zerschlagung der universitären Verankerung einer sich zugleich gesellschafts- und subjekttheoretisch begreifenden Sozialpsychologie“ (S. 12) darzustellen. Der vorliegende Sammelband, dessen Beiträge allesamt von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft stammen, zeigt die Notwendigkeit einer sozialpsychologischen Perspektive, um den Nationalsozialismus und seine Nachwirkungen erfassen zu können.

Der Antisemitismus ist nicht bloß ein Vorurteil, das mit kognitionspsychologischen Ansätzen der Einstellungsforschung erklärt werden kann. Um ihn greifen zu können, benötigt es eine politische Psychologie, die es schafft, die Irrationalität des Antisemitismus durch den Versuch einer Vermittlung von individuellem und gesellschaftlichem Unbewussten zu verstehen. Gelingen kann dies nur mit psychoanalytischen Begriffen. In der Einleitung machen die Herausgeber deutlich, dass die politische Psychologie

verschiedene Disziplinen verbindet. Während die Geschichtswissenschaft die psychologischen Seiten sozialer und politischer Prozesse nur selten in den Blick nimmt, ist die Psychologie oft dazu geneigt ihre Gegenstände von historischen Bezügen zu isolieren. Die politische Psychologie, wie sie hier dargestellt wird, will versuchen, diese Disziplinen miteinander zu denken – wissend, dass eine bruchlose Integration jedoch nicht möglich ist.

So legt beispielsweise Rolf Pohl in seinem Aufsatz *Ganz normale Mörder? Zum Normalitätsbegriff in der neuen NS-Täterforschung* einen kritischen Blick auf die Täterforschung. Er kritisiert den häufig inflationär verwendeten Begriff der „Normalität“, warnt gleichzeitig jedoch vor der verkürzten Verwendung seines begrifflichen Gegenparts der „Pathologie“. Pathologische „Einsprengsel“ (S. 21), so Pohl, gehören mit zur Grundausstattung jeder durchschnittlichen Persönlichkeit. Vor allem mit Sigmund Freud und Melanie Klein erklärt er, warum Pathologie und Normalität nicht voneinander zu trennen sind. Um einen eigenen Ansatz zum Verhältnis beider zueinander vorzustellen, verknüpft er die massenpsychologische Wirkung der staatstragenden Ideologie mit einer kritischen Analyse der Herrschaftsstrukturen im Nationalsozialismus.

Isabelle Hannemann greift in ihrem Artikel *Täterinnenschaft und weibliche Grausamkeitsmotivation. Raum, Körper und Wahrnehmung* den Begriff der „Normalität“ und damit die Kritik an der neueren

Täterforschung auf und überträgt dies auf die Beschäftigung mit der Rolle der Frau als Täterin im Nationalsozialismus. Ähnlich der Arbeit von Ljiljana Radonic, die in *Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus* die These der Frau als friedfertiges Geschlecht, wie es Margarete Mitscherlich beteuerte, in Frage stellt, wirft Hannemann einen kritischen Blick auf die bisherige Beschäftigung mit den NS-Täterinnen. Sie zeichnet die feministische Debatte über die Rolle der Frau im Nationalsozialismus nach und fragt, warum deutsche Frauen zunächst als Unschuldige, gar als Opfer patriarchaler Umstände oder lediglich als Mittäterinnen betrachtet wurden, obwohl bereits im Bergen-Belsen-Prozess 1945 Frauen als Täterinnen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Weiter begründet sie, dass die Täterinnen-Forschung Geschlechterdifferenzen, Geschlechterähnlichkeiten und Machtbeziehungen berücksichtigen muss. Ähnlich wie Pohl legt sie dar, dass eine Diskussion über NS-Täterinnen gerade herausarbeiten muss, inwiefern sadistische Gewalt der „Normalweiblichkeit“ (S. 82) eben entspricht.

In einem weiteren Aufsatz stellt Markus Brunner die These auf, die ehemaligen „VolksgenossInnen“ hätten nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ die Idee der „Volksgemeinschaft“ und die mit ihr verbundenen Wünsche nach Größe und Macht in einer psychischen Gruft vergraben, von wo aus sie auf eine erneute Realisierung drängen. Dabei bezieht er sich vor allem auf

Die Unfähigkeit zu trauern von Alexander und Margarete Mitscherlich. Er versucht zu zeigen, warum, entgegen der Kritik die Mitscherlichs hätten die traumatheoretischen Folgen des Krieges für die Deutschen nicht berücksichtigt, ihre Hauptthese, dass die Deutschen nach der Kriegsniederlage durch große psychische Abwehrleistungen einer drohenden Melancholie entgegengewirkt hätten, ein hohes Erklärungspotential für die Erfassung der bundesrepublikanischen Gefühlslage hat. Diese erweitert er durch das psychoanalytische Konzept der „Krypta“ von Nicholas Abraham und Maria Torok.

Des Weiteren setzt sich Sascha Howind mit der Bedeutung der „Volksgemeinschaft“ für die Stabilität der NS-Herrschaft auseinander. Sebastian Winter untersucht das antisemitische Feindbild unter kritischer Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses. Die letzten beiden Aufsätze befassen sich vor allem mit den Konsequenzen für die Gegenwart. Jan Lohn beschäftigt sich mit den intergenerationellen Nachwirkungen des Nationalsozialismus und Wolfram Stender zeigt, wie sich das antisemitische Ressentiment nach 1945 äußert.

Die Texte erinnern insgesamt an das Antisemitismus-Symposium 1944 in San Francisco, dessen Beiträge später in einem Sammelband veröffentlicht wurden. Dieser war das erste bedeutende Dokument der Zusammenarbeit von PsychoanalytikerInnen wie Ernst Simmel und Else Frenkel-Brunswik und Gesellschaftstheoretikern wie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer bei der Deutung des Antisemitismus.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus liest sich wie eine Wiederholung dessen, die zusätzlich ins Detail geht und um Fragen des Fortlebens ergänzt, die damals so noch nicht hatten beantwortet werden können.

Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hg.) – Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Gießen: Psychosozial-Verlag, 2011, 252 Seiten, 24,90 Euro.

Lernen aus der Geschichte

Die Ausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ des United States Holocaust Memorial Museums

Von Thomas Hirschlein

Jahrzehntelang interessierten sich in Deutschland weder Historiker*innen noch die Öffentlichkeit für eine umfassende Auseinandersetzung mit der deutschen Gesellschaft und dem Verhalten der deutschen Bevölkerung im Nationalsozialismus. Angesichts des Selbstbilds vieler Deutschen nach Kriegsende überrascht das wenig. Sie distanzieren sich von Adolf Hitler und der NS-Herrschaft und verstanden sich vor allem als deren Opfer. In den vergangenen Jahrzehnten haben neue Forschungen wie die Studien zu NS-„Volksgemeinschaft“ und gesellschaftliche Debatten, z.B. über das Ausmaß von Zwangsarbeit und die Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen, den Blick auf die vielfältigen Handlungsoptionen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung im NS-Alltag erweitert. In der Folge hat sich unser Verständnis davon gewandelt, wie es zu den deutschen Massenverbrechen im Nationalsozialismus kommen konnte.

Mit den Fragen, wie die Shoah möglich war, welche Rolle die gewöhnlichen Menschen spielten und warum so viele diese Verbrechen unterstützt oder geschwiegen haben, anstatt den Opfern zu helfen, befasst sich auch die Ausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ des United States Holocaust

Empfehlung Bildungsträger & Lernort

Memorial Museums (USHMM). 22 Poster mit Informationstexten und zahlreichen historischen Fotografien sowie drei Videos regen zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen an. Das Gute ist, niemand muss dafür die Tausenden Kilometer auf sich nehmen, um in Washington die Ausstellung besuchen zu können. In Kooperation mit deutschen Institutionen wird die Ausstellung regelmäßig hierzulande gezeigt. Aktuell ist sie in Kassel und Erfurt zu sehen, ab März in Dresden und ab Mai in Pirna. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Ausstellung in der eigenen Stadt selbst auszurichten. Alle hierfür relevanten Informationen stellt das USHMM auf seiner [Webseite](#) zur Verfügung.

Der erste Teil der Ausstellung „Überzeugungstäter, Opportunisten, Konformisten, Dissidenten“ richtet den Fokus auf das Deutsche Reich und thematisiert die zentrale Bedeutung, die der Antisemitismus für die Herrschaft der Nationalsozialisten hatte. Deren Politik konnte in der deutschen Bevölkerung an weitverbreitete antisemitische Einstellungen anschließen. „Es gab Deutsche, die völlig von der Behauptung der nationalsozialistischen Rassenideologie überzeugt waren, dass Juden für das Überleben der ‚überlegenen arischen‘ Menschen eine tödliche Bedrohung darstellten.“ (Poster 2) Aus dieser Überzeugung heraus unterstützten sie die immer radikaleren Maßnahmen gegen die Jüdinnen*Juden. Bei anderen stieß die antisemitische Politik auf Gleichgültigkeit. Solange die neue Regierung vermeintliche Erfolge vorweisen konnte wie beim Abbau von Arbeitslosigkeit, nahmen sie die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Diskriminierung und Verfolgung ihrer jüdischen Mitbürger*innen als „Kollateralschaden“ in Kauf. Gleichzeitig profitierten sie von den Berufsverboten, Enteignungen und „Arisierungen“.

Damit die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten, genügte es nicht, in den Berliner Zentralen neue antisemitische Maßnahmen zu beschließen. Die Ausstellung macht anhand von Fotografien deutlich, dass unzählige Deutsche bereit waren – sei es aus Überzeugung, Opportunismus oder Angst –, diese Maßnahmen im eigenen Alltag auch umzusetzen. Die Aufnahmen zeigen die Hütte eines Berliner Frauenvereins, deren Zutritt Jüdinnen*Juden verboten wurde, antisemitische Prangerumzüge mit Schaulustigen oder die öffentliche Verbrennung einer Synagogen-Einrichtung am 9. November 1938, an der Lehrkräfte mit ihren Schüler*innen teilnehmen.

Aber auch andere Reaktionen auf die Gewalt gegenüber Jüdinnen*Juden werden präsentiert. Der Polizist Erich Troch aus Felsberg stellte sich während der Novemberpogrome schützend vor eine jüdische Familie. Der Bürgermeister von Fischbach hielt Randalierende davon ab, die örtliche Synagoge anzuzünden. In seinem Tagebucheintrag vom 24. November 1941 berichtet der bekannte Romanist und ehemalige Professor Victor Klemperer von Menschen, die ihn nach wie vor grüßen trotz oder vielmehr wegen des gelben „Judensterns“, den er auf seiner Kleidung tragen muss – ein kleines Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls, während die Mehrheit wegschaute.

Empfehlung Bildungsträger & Lernort

Der zweite Teil der Ausstellung widmet sich unter dem Titel „Deutsche Besatzer, örtliche Rekruten, Nachbarn“ dem Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und den unterschiedlichen Formen von Mittäterschaft in den von den Deutschen besetzten Gebieten Osteuropas und der Sowjetunion. Die Motive, um mit den deutschen Besatzern zu kooperieren, waren vielfältig: eigener Antisemitismus, materielle Vorteile durch Arbeit, Nahrung und geplündertes jüdisches Eigentum, die Hoffnung, so die eigene Abschiebung zur Zwangsarbeit zu verhindern, oder der nationalistische Wunsch nach einem unabhängigen Staat, den die Deutschen mit einem Sieg über die Sowjetunion ermöglichen könnten. Die deutsche Hauptschuld an der mörderischen Gewalt bleibt jedoch unbestritten. Die Besatzer instrumentalisierten Spaltungen und Spannungen in den besetzten Gesellschaften, um ihre antisemitische Politik voranzutreiben. Dennoch gab es unter der lokalen Bevölkerung auch Helfer*innen wie der in der Ausstellung kurz vorgestellte Jan Majewski, die Jüdinnen*Juden beim Überleben und der Flucht unterstützten.

Der letzte Ausstellungsteil „Regierungen, Staatsdiener, Beobachter“ dreht sich um die Frage der Kollaboration in den restlichen europäischen Staaten, die mit dem Deutschen Reich verbündet oder von ihm besetzt waren. Ein Poster dokumentiert zum Beispiel die Zusammenarbeit von französischen Polizisten und niederländischen Beamten mit deutschen Akteuren bei Deportationen in Westeuropa. Angesichts der

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Bildungsträger & Lernort

häufigen Kollaboration bei der Verfolgung sind Ausnahmen umso bemerkenswerter. „Dänemark mit einer kleinen, integrierten jüdischen Bevölkerung war das einzige von Deutschland besetzte Land, dessen Regierung sich weigerte, antijüdische Maßnahmen zu ergreifen.“ (Poster 17) Mehr als 90 Prozent der dänischen Jüdinnen*Juden konnten mit Unterstützung ihrer Landsleute nach Schweden fliehen.

„Die zentrale Rolle Adolf Hitlers und anderer Nazis lässt sich nicht bestreiten, doch sie waren von unzähligen anderen abhängig.“ Mit der Feststellung dieser Tatsache führt die Ausstellung in ihr Thema ein. Sie macht deutlich, dass es ohne diese unzähligen anderen, die die antisemitische Politik der Nationalsozialisten unterstützt und von ihr profitiert haben oder sogar zu Mittätern wurden, nicht zu den Deportationen, Massenerschießungen und Todeslagern hätte kommen können. Ihr gelingt es dabei, einen Überblick über die verschiedenen Motive der gewöhnlichen Menschen und die komplexen Fragen der Kollaboration und Mittäterschaft zu geben.

Niklas Frank: Meine Familie und ihr Henker. Der Schlächter von Polen, sein Nürnberger Prozess und das Trauma der Verdrängung

Von Pascal Beck

Brigitte Frank war die erste Ehefrau aller Angeklagten der Nürnberger Prozesse, die 1958 ein Buch im Eigenverlag veröffentlicht hatte: *Hans Frank. Briefe aus Nürnberg*. In diesem sind Briefe abgedruckt, die ihr Mann, der „Schlächter von Polen“, aus seiner Gefängniszelle in Nürnberg an die Familie geschickt hatte. Mit welchem Anliegen Brigitte Frank die Briefe veröffentlicht hat, wird im Vorwort deutlich: „Sie zeigen einen Menschen, der auch in der Grenzsituation das blieb, was er immer sein wollte: ein Mensch.“ (S. 213)

Nach der Trilogie über seine Nazifamilie, in der Niklas Frank, der jüngste Sohn von Hans und Brigitte Frank, erst mit seinem Vater, dann mit seiner Mutter und zuletzt mit seinem ältesten Bruder abgerechnet hat, folgt mit *Meine Familie und ihr Henker - Der Schlächter von Polen, sein Nürnberger Prozess und das Trauma der Verdrängung* ein Buch, das als Antwort auf die Veröffentlichung seiner Mutter verstanden werden kann. Auch er gibt auf insgesamt 288 Seiten den Briefwechsel seiner Familie kommentiert wieder. Niklas Franks Anliegen aber steht dem seiner Mutter diametral entgegen. So scheint es zu Beginn verwunderlich, dass sich der größte Teil des Buches mit sehr persönlichen Briefen beschäftigt, die

Vernichtung der polnischen Jüdinnen*Juden dagegen nur an einzelnen Stellen, vermehrt vor allem ab Beginn des Nürnberger Prozesses, thematisiert wird. Zunehmend aber wird deutlich, dass, will Niklas Frank den Umgang seiner Familie mit dem Holocaust anhand der Briefe beschreiben, er in seinen Kommentaren selbst kaum über den Holocaust sprechen kann. Denn dieser spielte im Briefwechsel nur bedingt eine Rolle. Gerade aber die Nicht-Thematisierung, die Berichte über Alltägliches und die Lobhudeleien aufeinander geben einen aussagekräftigen Einblick in die Verleugnungsstrategie der Familie.

Mit der Verhaftung des Vaters inszeniert sich die Familie bald schon selbst zum eigentlichen Opfer. Unerträglich ist es beispielsweise für die Mutter zusehen zu müssen, wie der geliebte Schoberhof, der damalige Familiensitz, geplündert wird und die Familie fortan nicht mehr das prunkvolle Leben leben kann, das sie einst gelebt hatten, als Hans Frank noch Generalgouverneur war. Schonungslos sarkastisch beschreibt der Autor die Plünderung. Schonungslos ehrlich beschreibt er anschließend, wie die Mutter mit ihren letzten Schätzen Jahre später in ein Heim für Displaced Persons fährt, um ihren Schmuck gegen Lebensmittel einzutauschen – eben jenen Schmuck, der ihr als Raubgut von den Jüdinnen*Juden aus ihrer Zeit in Krakau nach der Plünderung noch übrig blieb. Die Familie hatte also alles verloren – auch ihren Vater. So mussten die fünf Kinder von da an ohne Vater aufwachsen. Zudem verlor die Familie ihr hohes Ansehen, wollte doch

plötzlich niemand mehr mit der Henkersfamilie gesehen werden, niemand mehr selbst Nazi sein oder jemals gewesen sein. Niklas Frank beschreibt außerdem, dass auch er und seine Geschwister mit den Taten ihres Vaters konfrontiert und unrecht behandelt wurden, doch „was ist das im Vergleich zum Leiden der Millionen Opfer des Holocausts? Wir Frank-Kinder haben nie deren ausweglose Verzweiflung erlebt“ (S. 40).

Selbstverständlich ist auch Hans Frank selbst Opfer, so schreibt er 1945 an seine Frau: „Der Prozess ist für mich eine schauerliche Offenbarung, wie sehr doch Adolf Hitler uns, unser Volk und die ganze Welt belogen und betrogen hat. Es ist furchtbar, welch ein unfassbares Elend auf diese Weise über die Welt und unser armes Volk gekommen ist“ (S. 146). Hans Frank will also erst in den Nürnberger Prozessen vom vollen Ausmaß der deutschen Vernichtungspläne erfahren haben und muss erbittert feststellen, dass er von Hitler hinters Licht geführt wurde. Auch seine Frau weiß dies zu bestätigen: „Ach, Hans, wie vielen Menschen hast du Gutes getan, wie viele vorm KZ gerettet oder wieder herausgeholt. Was hast du Dich um die jüdischen Verwandten von Richard Strauss allein bemüht. Dies alles wird Dir der Herrgott lohnen“ (S. 159-160). Sein Martyrium führt Frank auch vor Gericht fort: „Denn, indem ich die Schuld übernahm, zeigte ich zumindest, dass unser großes leidendes Volk an all dem furchtbaren Geschehen unschuldig ist. Einer musste sich schließlich bekennen, nachdem die bisher vernommenen Angeklagten vor mir,

alle ihre Unschuld beteuerten. Ich aber will meinem Herrgott in die Augen sehen können“ (S. 195). Frank wird sich in Teilen also selbst schuldig sprechen, weiterhin aber vom meisten nichts gewusst haben wollen – eine Inszenierung, die an gestörter Selbstwahrnehmung kaum zu übertreffen ist, wie sein jüngster Sohn zu kommentieren weiß. Auch besagter „Herrgott“ spielt ab dem Moment seiner Verhaftung die zentrale Rolle. Dank Hitlers Selbstmord kann er an ihn nicht mehr glauben, so benötigt es einen Ersatz. Der „Herrgott“ soll in „dieser Welt voller Hass und Rache“ (S. 266) für Gerechtigkeit sorgen – letztlich also der Welt die Augen öffnen, dass Hans Frank unschuldig sei. Aber auch er hat es nicht geschafft und so bleibt Hans Frank kurz vor seiner Hinrichtung nur der Abschied: „Wenn du diesen Brief erhältst, dann bin ich wahrscheinlich schon nicht mehr am Leben und in dem großen, riesigen Zug der Todesopfer dieses Krieges Adolf Hitlers eingereiht“ (S. 267). Zuletzt aber stirbt bekannterweise die Hoffnung, so dass sich Hans Frank nahezu sicher ist, dass ihm eines Tages die volle Gerechtigkeit zuteil und die Wahrheit siegen wird. Denn: „Ich sterbe – aber Gott lebt!“ (S. 274) Glücklicherweise hat die Wahrheit gesiegt und sein jüngster Sohn Niklas Frank sorgt mit seinem neuesten Buch dafür, dass sie auch weiterhin Bestand hat. Auch wenn es dem, was der Vater sich erhofft, gar erwartet hat, diametral entgegensteht.

Niklas Frank: Meine Familie und ihr Henker. Der Schlächter von Polen, sein Nürnberger Prozess und das Trauma der

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Verdrängung. Bonn: Dietz Verlag, 2021, 288
Seiten, 24 Euro.

Empfehlung Lebensbericht

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film/DVD

2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiß

Von Pascal Beck

„Das ist die Geschichte meines Vaters, eines Kriegsverbrechers, meiner Mutter, meiner Geschwister, Nichten und Neffen. Eine typisch deutsche Geschichte.“

Hanns Ludin wurde 1941 von Hitler als Gesandter 1. Klasse und bevollmächtigter Minister in den „Schutzstaat“ Slowakei geschickt. Als Spitzenvertreter des Deutschen Reiches sollte Ludin dort die Interessen Berlins durchsetzen. Allen voran bedeutete dies die Umsetzung der „Endlösung“. Ludin war damit an der Deportation der slowakischen Jüdinnen*Juden beteiligt. Nach dem Krieg wurde Hanns Ludin von den US-Amerikanern an die Tschechoslowakei ausgeliefert, wo er 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

2 oder 3 Dinge, die ich von ihm weiß zeigt die Familie eines Nazitäters 60 Jahre nach Kriegsende. Obgleich die Wahrheit über den Vater längst aktenkundig ist, wird sie in der Familie weiterhin beschönigt, geleugnet und verdrängt. Sein jüngster Sohn Malte Ludin, der zum Zeitpunkt der Hinrichtung seines Vaters gerade mal fünf Jahre alt war, nimmt die Biografie des Nazitäters zum Ausgangspunkt seines dokumentarischen Films. Mit seinem Dokumentarfilm will er dessen Geschichte aufarbeiten, sein Wissen über die zwei oder drei Dinge, die er von ihm weiß, erweitern. Er stellt die historischen Fakten den Legenden, die über seinen Vater kursieren, gegenüber und zeigt in der Ausei-

nersetzung, vor allem mit seinen drei Schwestern, wie konfliktbelastet der Kampf um die Erinnerung in deutschen Familien sein kann. Seine Familie kann als beispielhaft hierfür verstanden werden.

Während sich die Schuld des Vaters für Malte aus den erhaltenen Dokumenten erschließt, klammern sich andere Familienmitglieder an die Hoffnung, dass Hanns Ludin zwar die Umsiedlung der Jüdinnen*Juden organisierte, nicht aber selbst als Handlanger an der Vernichtung beteiligt war, geschweige denn davon gewusst haben soll, dass diese den Tod bedeute. Zum einen soll ihm sein vermeintliches Unwissen über die Prozesse der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie von der vollen Schuld entlasten. Zum anderen deutet sich hier indirekt eine Diskussion über den Begriff der Täterschaft an.

In einem Interview von 1978 erzählt die Mutter Ludins von einer Begegnung mit der Frau des Schweizer Gesandten. Die Frau habe davon berichtet, dass sie ein jüdisches Kind aufgenommen hatten, um dieses vor Auschwitz zu schützen. Ludins Mutter meint nicht zu wissen, was Auschwitz sei. Auch von Vergasungen will sie nie etwas gehört haben. Als sie nach Hause kommt, hat die Familie gerade Besuch aus Berlin. Empört berichtet sie ihrem Mann und seinem Besuch von ihrer Begegnung: „Es ist wirklich sehr dumm, dass ich keine Ahnung habe, wer es war. Es war irgendeiner, der eine Funktion in Berlin hatte. Und der sagte: Auschwitz ist ein Rüstungsbetrieb. Da arbeiten die Juden für Rüstung. Und damit haben mein Mann

und ich, wir haben ihm das geglaubt, war erledigt.“ (ab Min. 47:09)

Hierin zeigt sich zweierlei, was für die späteren Legenden, die auch nach dem Tod der Mutter weiterhin in der Familie kursieren, von Bedeutung ist: In der Beschreibung des Besuchers drückt sich eine Autorität aus: „Es war irgendeiner, der eine Funktion in Berlin hatte“. Wie konnten sie also anders, als ihm zu glauben, denn wenn er es nicht wüsste, wer dann? Dass es „wirklich sehr dumm“ sei, sich nicht daran erinnern zu können, wer dieser Mann war, betont einmal mehr den Wunsch nach Entlastung. Auffällig ist außerdem, dass sie nachträglich ihren Mann in ihr Erlebnis miteingebunden hat. Sie und ihr Mann hatten dem Besuch aus Berlin geglaubt. Ihr Mann hatte also auch nichts von Auschwitz gewusst.

Im Interview mit der Mutter deutet sich demnach an, wie die Erinnerungen an den Vater nach seiner Hinrichtung innerhalb der Familie Ludin konstituiert wurden. In ihrer Studie über Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis beschreiben Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall, dass das menschliche Gedächtnis mit unterschiedlichen Systemen für kognitive und emotionale Erinnerungen operiert. Wenn Familienangehörige der Zeitzeug*innengeneration die eigentliche Familiengeschichte mit einer Selbstverständlichkeit beschönigt wiedergeben, sei es durchaus folgenreich für die Weitergabe des Vergangenen. Die nationalsozialistische Vergangenheit würde demnach anders vermittelt werden als in der Schule oder in den

Medien und würde niemals „authentisch“ die Gegenwart erreichen, „sondern stets nur als eine ´erstellte, auswählende und deutende Rekonstruktion ins Bewusstsein treten´“ (Welzer, Moller, Tschuggnall, S. 11-12).

Die Geschichtsschreibung der Mutter, wie sie sich in diesem Interview von 1978 andeutet, erklärt dann auch, wie die Schwestern des Filmemachers reagieren, sobald er sie mit den Akten konfrontiert. So sieht eine Schwester die Möglichkeit, dass ihr Vater ein Mörder war, nur unter einer bestimmten Bedingung gegeben: Nur wenn er tatsächlich davon gewusst haben könnte, dass die Verschickung der Jüdinnen*Juden, für die der Vater zuständig gewesen ist, auch deren sicheren Tod bedeute, habe er sich mitschuldig gemacht. Dass er davon aber nichts gewusst haben konnte, bestätigt nicht nur besagte Erinnerung der Mutter, sondern auch, dass ihr Vater sonst ein Lügner gewesen sein müsste. Die deutsche Tugend der Aufrichtigkeit aber verbiete es, dass ihr Vater gelogen habe. Ähnlich eine andere Schwester, die argumentiert, dass niemand, der wusste, dass die Jüdinnen*Juden umgebracht werden, sie bewusst in den Tod schickt, schreiben würde, dass seine Kinder stolz auf ihren Vater sein können. Alles andere sei „schizophren“, so die Schwester.

Die dritte Schwester wiederum versucht ihren Vater damit zu retten, dass er die Ermordungen nicht selbst ausgeführt habe. Insofern versteht man sich selbst auch nicht als „Täterkind“, sondern eher doch als Kind eines Mannes, der selbst Opfer einer schrecklichen Zeit war. Ihr Vater sei selbst Opfer

gewesen, weil er alle Hoffnungen auf Hitler gesetzt hatte und damit selbst getäuscht beziehungsweise missbraucht wurde. Nicht anders argumentierte Hanns Ludin selbst in einem Brief ans Gericht: „Ich kann mich nicht schuldig erklären. Ich habe unter dem Zwang der Verhältnisse gehandelt im Rahmen der mir gegebenen Befehle und Weisungen. Ich habe manchmal geschwankt. Ich habe Irrtümer und Fehler begangen aber kein Verbrechen.“ (ca. ab Min 6:04) An einer anderen Stelle des Films wird der Name des Vaters außerdem damit zu retten versucht, dass er einer Person sogar das Leben gerettet habe.

All das deckt sich erstaunlich gut mit den Ergebnissen der letzten Memo-Studie aus dem Jahr 2020. Nur 23,2 % der Befragten bejahen die Frage, ob ihre Vorfahren während der Zeit des Nationalsozialismus unter den Tätern waren. Etwa dreimal so viele, 67,9 %, verneinen sie. 35,8 % meinen, dass ihre Vorfahren Opfer des Nationalsozialismus gewesen seien. Diese Frage wird von 59,6 % verneint. Ob die Vorfahren potenziellen Opfern geholfen haben, bejahen 32,3 % und verneinen 42,1 %. Vor allem der Begriff des Opfers ist hier ungenau. So erklärt Aleksandra Janowska von der EVZ-Stiftung, welche die Studie gefördert hat, dass die Befragten unter dem Begriff des „Opfers“ auch Opfer der Bombenangriffe, Vertriebene, Soldaten und dergleichen verstehen und eben nicht nur die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Memo-Studie, S. 15-17). In Anbetracht des Ausmaßes der deutschen Verbrechen sollte klar sein, dass diese Zahlen

einem beschönigten Familiengedächtnis entstammen – oder wie der Filmemacher zu Beginn seines Filmes sagt: „Eine typisch deutsche Geschichte.“ Es verhält sich mit Deutschland so, wie es Jean Améry in seinem Text *Ressentiments* festgestellt hat: „Wie sich seit langem erwiesen hat, will sein glückliches Volk nichts wissen von nationalen Demagogen und Agitatoren“ (Améry, S. 103).

Die Reaktionen der Familienmitglieder erinnern auf gewisse Weise an Hannah Arendts Etikettierung Adolf Eichmanns als bürokratischen Schreibtischtäter, als „erschreckend“ normal (Arendt, S.400). Arendt entgeht dabei die Einsicht in die sadistische Natur Eichmanns, der trotz seiner Autoritätshörigkeit ein überzeugter Nazi und vernichtungsbereiter Antisemit gewesen ist (vgl. Pohl, S.23). Was Hannah Arendt entgeht, wird von den Schwestern des Filmemachers beschönigt oder geleugnet.

Ludin gelingt es eine ganze „Täterfamilie“ – über drei Generationen hinweg zur gemeinsamen Aufarbeitung ihrer Geschichte zu bewegen. Er versucht damit eine Lücke in deren bisheriger Geschichtsdarstellung zu füllen und zeigt gerade durch die konflikthaften Auseinandersetzungen mit seinen Schwestern ein weiterhin aktuelles Bild von der Erinnerungskultur in dieser Gesellschaft.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist ein Seminar, das halbjährlich in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme angeboten wird. Im Seminar *Ein Täter/eine Täterin in*

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film/DVD

der Familie? Gesprächsseminar zu Familiengeschichte und Familiengeschichten soll darüber gesprochen werden, was es heißt, einen NS-Täter oder -Täterin in der eigenen Familie zu haben. Das Seminar richtet sich an Personen, die sich intensiver mit Täterinnen und Täter in der eigenen Familie auseinandersetzen wollen.

Welzer, Harald; Moller, Sabine; Tschuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main 2015.

Literatur

Améry, Jean: Ressentiments. In: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Stuttgart 1977. Hier S. 102-129.

Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München 1999.

Pohl, Rolf: Ganz normale Massenmörder? Zum Normalitätsbegriff in der neueren NS-Täterforschung. In: Brunner, Markus; Lohn, Jan; Pohl, Rolf und Winter, Sebastian (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Gießen 2011. Hier S. 19-56.

Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Memo. Multi-dimensionaler Erinnerungsmonitor. Studie III/2020. Online unter: https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf. Zuletzt aufgerufen am: 07.01.2022.

Karl-Hermann Rechberg: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schüler

Von Thomas Hirschlein

Die Auseinandersetzung mit Täter*innenschaft ist eine zentrale Aufgabe der historisch-politischen Bildung zum Nationalsozialismus. Wer nach den Ursachen für die Verbrechen fragt, muss die Täter*innen in den Fokus rücken und untersuchen, welche Faktoren wie Antisemitismus, Sozialisation und situative Gruppendynamiken sie in ihrem Handeln beeinflusst haben. Gleichzeitig wird davor gewarnt, dass Täter*innen und ihre teils propagandistischen Formen der Selbstinszenierung nach wie vor eine Faszination ausüben können. Es bestehe folglich das Risiko, dass Lernende, insbesondere jüngere Menschen, unkritisch deren Perspektive übernehmen könnten. Empirische Studien zu dieser Ambivalenz in der Bildungsarbeit zu NS-Täter*innen gab es bislang keine. Mit seiner Untersuchung *Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schüler* füllt Karl-Hermann Rechberg nun diese Lücke. Erschienen ist die gut 290 Seiten lange Dissertation 2020 im Verlag Springer VS.

Rechbergs Forschungsfrage lautet: „Welche kollektiven Orientierungen zeigen sich bezüglich der Lern- und Bildungsprozess von Schulklassen, die im Rahmen einer Gelände-

begehung den Täterort „ehemaliges Reichsparteitagsgelände“ besucht haben?“ (S. 3) Aus seiner Sicht sprechen zwei Gründe für die Analyse der Lernprozesse an diesem historischen Ort in Nürnberg: Er geht erstens davon aus, „dass die Täterperspektive hier dominant wahrgenommen wird, da die Opfer auf den Reichsparteitagen selbst abwesend waren“ (S. 61). Das ehemalige Gelände der Reichsparteitage steht zweitens wie kaum ein anderer Ort für die Selbstinszenierung der Täter*innen. Die Großbauten dienten den Nationalsozialist*innen zu Propagandazwecken und zur physischen Demonstration ihrer Macht. Aufgrund der besonderen Gestaltung dieses Ortes besteht laut Rechberg ein erhöhtes Risiko für die unkritische Übernahme der Täter*innenperspektive.

Für seine Studie wertet er 36 Gruppendiskussionen mit insgesamt 206 Schüler*innen aus, die zuvor an einem pädagogisch geführten Rundgang über das ehemalige Reichsparteitagsgelände teilgenommen haben. Nicht alle der Gruppen haben auch das Dokumentationszentrum und seine Ausstellung besucht. Rechberg interessiert sich vor allem für den Umgang der Jugendlichen mit dem historischen Ort und wie sie die Überbleibsel der nationalsozialistischen Großbauten wahrnehmen.

Aus den transkribierten Gesprächen arbeitet er im zentralen vierten Kapitel seiner Studie heraus, dass die kollektiven Orientierungen, die die Lernprozesse der Schüler*innen strukturieren, zweidimensional angelegt sind (S. 109 ff.). Die erste Dimension umfasst drei verschiedene Formen, wie sich die

Schüler*innen mit dem Ort auseinandersetzen: In der sinnesbezogenen Auseinandersetzung liegt der Fokus auf der Beschaffenheit der historischen Bauwerke und ihrer sinnlichen Wahrnehmung. In der kontextuellen Auseinandersetzung fungieren das Gelände und die Gebäude als Bezugspunkte für Kontextinformationen, die die Schüler*innen im Rahmen des Rundgangs erworben haben. In einer dritten Form steht der historische Ort nicht selbst im Zentrum, sondern erfüllt lediglich eine Funktion, um zum Beispiel eine praktische Aufgabe zu erledigen, die die Lehrer*innen an die Schüler*innen gestellt haben. Die Schüler*innen wissen zum Teil gar nicht, an welchem historischen Ort sie sich gerade aufhalten. Die zweite Dimension von Rehbergs Basistypik betrifft die Resonanz der Schüler*innen auf Elemente der Machtinszenierung. Hier unterscheidet er einerseits zwischen einer kritischen und andererseits einer affirmativen Reaktion auf das Gelände und die historischen Gebäude. Außerdem gibt es Schüler*innen, die im untersuchten Material gar keine Reaktion auf diese Elemente zeigen.

Auf Grundlage der zwei Dimensionen und ihren internen Unterscheidungen identifiziert Rehberg sieben Typen von Lern- und Bildungsprozessen bei den Schüler*innen. Diese Typen können nicht jeweils einzelnen Gruppen zugeordnet werden. Vielmehr tauchen sie in den Gruppengesprächen hinter- und durcheinander auf, nehmen jedoch je nach Gruppe unterschiedlich viel Raum ein. Um seine Typologie zu verdeutlichen, seien zwei dieser Typen kurz vorgestellt.

Der Typ „Eindrucks-Brechung“ zeichnet sich laut Rehberg dadurch aus, „dass sich die Lernenden auf einer sinnesbezogenen Ebene mit dem Ort auseinandersetzen und sich anhand der Machtinszenierung von den Tätern distanzieren“ (S. 121). Die Schüler*innen tauschen sich in dem Gespräch zum Beispiel über die Größe der ehemaligen Kongresshalle aus, brechen diesen Eindruck aber, indem sie sich über die Bauauffälligkeit des Gebäudes und Hitlers Größenwahn lustig machen. Auch der Typ „Eindrucks-Affirmation“ befasst sich primär auf der sinnesbezogenen Ebene mit dem historischen Ort. Im Unterschied zum ersten Typ bejahen die Schüler*innen hier jedoch die Macht und äußern teilweise explizit ihre Bewunderung für die Machtinszenierung. Das Gelände sei beeindruckend, das Erleben der Reichsparteitage vor Ort sei bestimmt „krass“ und „große Klasse“ gewesen (S. 136). Dieser Unterschied zwischen einer kritischen und einer affirmativen Resonanz zeigt sich auch auf der Ebene der kontextuellen Auseinandersetzung mit dem historischen Ort (S. 149 ff.).

Die empirischen Befunde von Rehbergs Studie bestätigen demnach, dass bei der Erkundung des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes das Risiko besteht, dass Schüler*innen unkritisch die Perspektive der Täter*innen übernehmen können oder zumindest Bewunderung für Architektur und Gestaltung ausdrücken und diese Faszination zugleich ihr Bild von den Täter*innen prägen kann. In den beiden letzten Kapiteln diskutiert Rehberg diese empirischen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachdidaktik

Erkenntnisse und formuliert Ideen, wie in der Bildungspraxis mit diesen Risiken und Herausforderungen umgegangen werden könnte. Er nennt beispielsweise das Identifizieren von Potenzialen zur affirmativen Identifikation mit Täter*innen, denen gezielt Distanzierungsangebote entgegengesetzt werden sollten (S. 235 ff.). Zudem schlägt er vor, ambivalente Emotionen der Lernenden im Lernprozess anzuerkennen und einen Raum zu schaffen, in dem auch Gefühle der Faszination und Bewunderung bearbeitet werden können.

Soweit grob zusammengefasst der rote Faden der Studie. Gemäß den akademischen Gepflogenheiten bietet die Dissertation aber noch mehr: Sie kontextualisiert die Forschungsfrage und stellt den Forschungsstand vor, beschreibt und begründet die Methode und geht auf die theoretische Rahmung sowie das Sample der empirischen Untersuchung ein. Wer angesichts des Charakters der Studie als akademische Qualifikationsarbeit zögert, direkt mit der Lektüre loszulegen, sich aber für das Thema der Studie und die Bildungsarbeit zu NS-Täter*innenschaft interessiert, der*dem sei als Entscheidungshilfe ein knapp halbstündiger Vortrag empfohlen, in dem Rechberg die zentralen Schritte und Erkenntnisse seiner Dissertation vorstellt.

Karl-Hermann Rechberg: Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik. Empirische Rekonstruktion der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schüler. Wiesbaden: Verlag Springer VS, 2020, 295 Seiten, 46,99 Euro (eBook)/59,99 Euro (Taschenbuch).

Lernort Kriegsgräberstätte – Eine Handreichung zur pädagogischen Arbeit an Kriegsgräberstätten

Von Ingolf Seidel

Mit „Lernort Kriegsgräberstätte. Pädagogische Formate und Beispiele“ ist eine neue Handreichung zur Erschließung von Kriegsgräberstätten als historische Lernorte erschienen. Die Publikation ist eingebettet in die aktuelle Themenreihe „Helden – Opfer – Täter“ des herausgebenden Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

In das Heft führen Oliver Plessow und Jakob Böttcher in je einem Beitrag mit didaktischen Überlegungen ein. Plessow setzt die pädagogische Arbeit am Kriegsgrab in Relation zu anderen Feldern historischen Lernens, insbesondere zur NS-Gedenkstättenpädagogik. Er betont eingangs, dass ein Lernen aus historischen Extremereignissen nicht garantiert ist. Insbesondere dann nicht, wenn daran allzu hohe moralpädagogische Erwartungen geknüpft sind. Im Weiteren geht der Autor auf die institutionelle Besonderheit der Vermittlungsarbeit des Volksbundes ein, der im Unterschied zur NS-Gedenkstättenpädagogik lange Zeit durch „große Verankerung der Arbeit in den Familien der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Wehrmachtssoldaten, die Kooperation mit Bundeswehr und Reservisten“ (S.3) sowie durch den Umstand geprägt war, dass die Bildungsarbeit nicht zu den eigentlichen Schwerpunkten von Verbandsaktiven

gehörte. In den vergangenen zehn Jahren lässt sich eine deutliche Umorientierung des Volksbundes erkennen, die ihren Ausdruck darin findet, aktuelle didaktische und methodische Diskussionen aufzugreifen, aber auch Projekte zur NS-Verfolgung und zu sexueller Vielfalt zu initiieren.

Jakob Böttcher gibt einen Überblick zum sich verändernden Verständnis der Bedeutung von Kriegsgräberstätten seit dem Kriegstotengedenken im 19. Jahrhundert bis hin zur Kriegsgräberfürsorge nach 1945. Wurden in der Weimarer Republik – auch durch den Volksbund, der später durch eine „enge Anbindung an das NSW-Regime“ (S.7) (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) negativ hervortat – noch „Frontkämpfermythen“ (ebda.) bedient, so wurde sich nach der militärischen Niederlage des NS-Staates allmählich von solchen Traditionen verabschiedet. Die Nachkriegsgestaltung der Kriegsgräber setzte an die Stelle eines militaristischen Heldengedenkens die unterschiedslose Erinnerung an die „erlittene Gewalt in Krieg und Diktatur“ (S.8). Damit wurde über den Umstand hinweggegangen, dass in den Kriegsgräbern auch Opfer von NS-Verbrechen bestattet worden sind. Dieses Spannungsfeld, Böttcher schreibt von der Existenz eines moralischen Dilemmas, lässt sich eher thematisieren als aufheben, weshalb „der Erhalt von Kriegsgräbern heute nicht mehr ohne die begleitende Bildungsarbeit auf deutschen Kriegsgräberstätten denkbar“ (ebda.) ist.

An die geschichtsdidaktischen Reflexionen schließen sich im Heft zehn

praxisorientierte Kapitel zur Vermittlungsarbeit an. Den einzelnen Kapiteln vorangestellt ist jeweils ein einführender Text. Angaben zur Dauer, der Zielgruppe und Gruppengröße der vorgestellten Angebote und Projekte finden sich in den jeweiligen Beispieltextrn. Thematisch angesprochen werden dabei an erster Stelle Friedhofserkundungen, in einem interaktiven Format sowie mit Tablets und der App „Actionbound“, in Form von Berichten aus der Praxis. Es folgen Anregungen zur Errichtung von historisch kontextualisierenden Erinnerungstafeln anhand der Kriegsgräberstätte in Clausthal-Zellerfeld, auf dem Gräberfeld Erster Weltkrieg, gelegen auf dem Hauptfriedhof Wolfenbüttel, sowie zur Kriegsgräberstätte Schönau am Königssee. Derartige Projekte sind weniger kurzzeitpädagogisch angelegt, sondern erfordern einen zeitlichen Aufwand von sechs Monaten bis hin zu zwei Schulhalbjahren.

Mit dem Projekt „Namensziegel für sowjetische Kriegsgefangene“ wird an eine heterogene Gruppe erinnert, die über 3 Millionen Tote im Zuge des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion zu verzeichnen hat. Auf tönernen Namensziegel wird dabei in schulischen Projekten nach einer Recherche in Dokumenten von Kriegsgefangenen deren Vor- und Zuname sowie Geburts- und Sterbedatum geschrieben. Auf diesem Weg soll den anonym Bestatteten ein Stückweit ihre Individualität zurückgegeben werden. Die gebrannten Namensziegel werden anschließend auf einer Kriegsgräberstätte im Rahmen einer Gedenkzeremonie ange-

bracht. Die Beispiele eines Tontafelprojekts auf dem Friedhof des ehemaligen Kriegsgefangenen-Stammlagers Bergen-Belsen sowie im hessischen Kassel-Niederzwehren, bzw. Klein-Zimmern bieten jeweils einen Einblick in praktische Erfahrungen.

Die Methode des biografischen Lernens wird in den beiden folgenden Kapiteln aufgegriffen. Biografische Nachlässe, wie Briefe, Fotos, Urkunden, oder andere Dokumente, die von Angehörigen dem Volksbund zur Verfügung gestellt wurden, können mit Hilfe von Bildungsreferent*innen im Geschichtsunterricht eingesetzt werden. Der Verband verfügt dazu über eine digitale Biografie-Datenbank. Am Beispiel einer Fortbildung in Form einer Studienfahrt zu Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs in Frankreich wird aufgezeigt, wie die biografischen Nachlässe in den Unterricht implementiert werden können. Ein weiteres Beispiel bietet die pädagogische Arbeit an der Kriegsgräberstätte in Lembach/Saar. Hier wurden „die Geschichte der Kriegsgräberstätte und der NS-Zeit in Lebach sowie die Einzelschicksale der dort ruhenden Kriegstoten recherchiert und dokumentiert“ (S.28), um den Ort zu einem „friedenspädagogischen Lernort umzugestalten“. Unter der Überschrift „Die Bedeutung der biografischen Recherche“ (S.31) wird der biografische Ansatz noch einmal vertieft. Als Altersstufe wird wie bei anderen vorgestellten Formaten die Jahrgangsstufe 9 angegeben. Neben der Arbeit mit biografischen Daten und Quellen sind Exkursionen zu einer Kriegsgräberstätte und eine Spurensuche nach den Gruppen der dort

bestatteten Toten sowie nach Nationalität, Alter und Geschlecht notwendige Bestandteile eines Rechercheprojekts mit Jugendlichen. Vorgeschlagen wird auch lokale Archive oder Bibliotheken einzubeziehen. Beispielhaft vorgestellt werden in diesem Abschnitt die Möglichkeit einer Gräbersuche online und der Einsatz von Feldpostbriefen.

Pflegepatenschaften für Kriegsgräber sind ein Angebot des Volksbundes für die Jugendarbeit, das längerfristig angelegt und über den Schulunterricht hinausgeht. Auch hier wird Wert auf die historische Auseinandersetzung gelegt und den Teilnehmer*innen soll verdeutlicht werden, „dass es bei der Gräberpflege nicht um Heldenverehrung“ (S.35) geht. Solche Projekte erfordern nicht nur eine inhaltliche Vorbereitung, sondern auch genaue Vorabsprachen und -abmachungen mit den beteiligten Schulen. Sie können bereits mit Kindern im Grundschulbereich durchgeführt werden wie das Beispiel der Regenbogenschule Oberbrügge zeigt.

Schulische Projektfahrten „zu den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs“ in Belgien und Frankreich (S.40) gehören zu den Kernangeboten ebenso wie „Fahrten in die Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten des Volksbundes“ (S.44) sowie friedenspädagogische „Jugendbegegnungen und Workcamps“ (S.48). Sämtliche Formate werden in Beispielen vorgestellt, die einen Einblick in die Möglichkeiten und die Breite der Angebote geben. Abgeschlossen wird die Handreichung mit einem Kapitel über „Schuli-

sche Gedenkfeiern auf Kriegsgräberstätten“ (S.52), in dem auf notwendige Schritte wie die Motivation zu einer Gedenkfeier, also die Frage der Sinngebung, die Erarbeitung (regional-) historischer Hintergründe sowie die Programmplanung, Gestaltung von Einladungen, logistische Fragen, aber auch auf die notwendige Reflexion des Projekts hingewiesen wird.

Eine Seite mit Adressen der Ansprechpartner*innen beim Volksbund auf Landes- und Bundesebene bietet Interessierten die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hg.): Lernort Kriegsgräberstätte. Pädagogische Formate und Beispiele. Bestellmöglichkeit: <https://www.volksbund.de/aktuell/mediathek/detail/lernort-kriegsgraeberstaette>

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 23. Februar 2022. Es befasst sich mit Verschwörungsmythen.

IMPRESSUM

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Redaktion: Pascal Beck, Thomas Hirschlein, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch den *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge*.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autor*innen und der Textquelle genutzt werden.